

Zeitschrift: Tätigkeitsbericht / Internationales Komitee vom Roten Kreuz
Herausgeber: Internationales Komitee vom Roten Kreuz
Band: - (1992)

Rubrik: Afrika

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



AFRIKA

Operationelle Tätigkeiten

Zentral- und Westafrika

IKRK-Delegationen:

Liberia, Mali, Sierra Leone

IKRK-Regionaldelegationen:

Abidjan, Dakar, Kinshasa, Lagos, Yaoundé

Südliches Afrika

IKRK-Delegationen:

Angola, Moçambique, Namibia, Südafrika

IKRK-Regionaldelegation:

Harare

Ostafrika

IKRK-Delegationen:

Burundi, Äthiopien, Rwanda, Somalia (in Nairobi stationiert), Sudan, Uganda

IKRK-Regionaldelegation:

Nairobi

Personal

Entsandte Kräfte IKRK* : 280
Nationale Gesellschaften* : 66
Lokale Angestellte** : 2 695

Ausgaben insgesamt

CHF 394 019 467

Schon lange bevor die internationale Gemeinschaft der Tragödie in Somalia endlich ihre Aufmerksamkeit zu schenken begann, bemühte sich das IKRK, das Leiden der Zivilbevölkerung des Landes trotz der zunehmenden Verschlechterung der Sicherheitsbedingungen und grosser logistischer Schwierigkeiten zu lindern. Gegen Ende des Jahres war die Hoffnung geschwunden, dass der herrschenden Gewalttätigkeit, die bereits Zehntausende von Toten gefordert hatte, in absehbarer Zeit ein Ende gesetzt werden könnte.

Zur selben Zeit konnte die Institution den Konfliktopfern im südlichen Sudan nur beschränkte medizinische Hilfe leisten, da sich die Regierung des Landes jeglicher ständigen oder zeitweiligen Präsenz des IKRK in dieser Region widersetzte.

Aufgrund der wachsenden Bedürfnisse der Bevölkerung Rwandas, die von den Unruhen im Norden des Landes in Mitleidenschaft gezogen wird, musste das IKRK seine Tätigkeiten im Land verstärken.

Gegen Jahresende war in Angola trotz der in Bicesse unterzeichneten Übereinkommen eine ständige Verschlechterung der Lage festzustellen, womit die Hoffnungen auf einen dauerhaften Frieden zu nichte gemacht wurden. So verstärkte das IKRK seine Hilfeleistungen zugunsten der leidenden Zivilbevölkerung, die einmal mehr den Kämpfen ausgesetzt war.

Der Konflikt in Liberia und im angrenzenden Sierra Leone sowie die dadurch hervorgerufenen humanitären Bedürfnisse stellten eine weitere grosse Besorgnis des IKRK dar, insbesondere im Innern Liberias, wo die Delegierten ihre Aufgaben aufgrund der prekären Sicherheitsbedingungen nicht erfüllen konnten.

Unruhen in Zaire, wo die politische Lage nicht geklärt ist, führten in der Provinz Shaba erneut zu Kämpfen zwischen rivalisierenden Gemeinschaften. Das IKRK unterstützte die Nationale Gesellschaft beim Aufbau eines landesweiten Erste-Hilfe-Netzes.

Die Bevölkerung in Moçambique schöpfte aufgrund der erfolgreichen Friedensverhandlungen neue Hoffnung, auch wenn ihre Bedürfnisse weiterhin sehr gross waren. Nothilfeaktionen wurden jedoch in zahlreichen von der Umwelt abgeschnittenen Gebieten solange weitergeführt, bis andere humanitäre Organisationen diese Aufgabe übernahmen.

Und doch waren in Afrika eine Reihe von vielversprechenden Entwicklungen zu verzeichnen, die trotz des wachsenden Elends nicht ignoriert werden sollten. Das Mandat des IKRK im Zusammenhang mit Sicherheitshäftlingen fand vermehrt Anerkennung, insbesondere in Südafrika, Malawi und Äthiopien, aber auch bei Oppositionsgruppen, die in offener Konfrontation mit der Regierung ihres Landes stehen.

In Westafrika, wo sich die durch politische und wirtschaftliche Schwierigkeiten hervorgerufene wachsende Unzufriedenheit im Volk des öfteren in Gewalttätigkeit äusserte, führte das IKRK zahlreiche Programme durch, die darauf abzielten, die Nationalen Gesellschaften bei ihren Bemühungen um eine verbesserte Einsatzbereitschaft in Notstandssituationen zu unterstützen. Das IKRK beteiligte sich insbesondere an der Ausbildung von Erste-Hilfe-Teams und stellte gegebenenfalls Fahrzeuge zur Verfügung. In diesem Bereich sowie bei der Verbreitung der Kenntnisse über die Grundsätze der Bewegung und die Bedeutung des Wahrzeichens in der breiten Öffentlichkeit wurden 1992 grosse Fortschritte erzielt.

Eine bessere Kenntnis und Achtung des humanitären Völkerrechts in ganz Afrika zu erreichen, stellte auch im Berichtsjahr eine Priorität des IKRK dar. So wurden zahlreiche Seminare und Workshops für Mitglieder der Streitkräfte, der Polizei und sonstiger Zielgruppen veranstaltet.

Leider wird das Jahr 1992 trotz hoffnungsvoller Anzeichen in einer Reihe von Ländern als ein Jahr in Erinnerung bleiben, das von weitverbreiteten Unruhen und grossem Leiden gekennzeichnet war. Wiederum erreichte der Einsatz des IKRK in Afrika ein noch nie dagewesenes Ausmass, um den von Tag zu Tag steigenden Anforderungen im Hinblick auf den Schutz der Opfer gerecht zu werden und ihr Leiden zu lindern.

* Jahresdurchschnitt

** Stand vom Dezember 1992

LIBERIA

Trotz der Unterzeichnung des vierten Übereinkommens von Yamassoukro durch die Kriegsparteien im Oktober 1991 kam die Entwaffnung der Kämpfer der Nationalen Patriotischen Front Liberias (NPFL)¹ und die Übergabe des von ihr kontrollierten Gebiets an die Truppen der ECOMOG² nicht wie geplant Mitte Januar zustande. Trotzdem wurden Strassen wiedereröffnet und die Kommunikationsmöglichkeiten verbesserten sich.

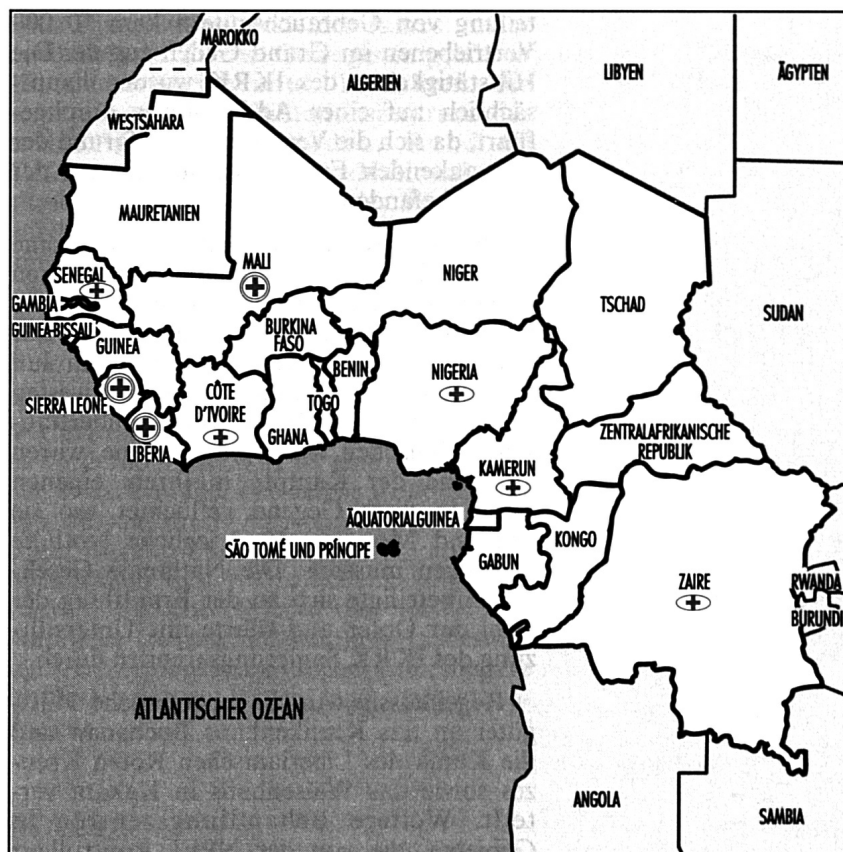
Doch bald verschlechterte sich die Situation erneut und die ULIMO³-Streitkräfte lancierten eine Offensive in Bomi und Cape Mount. Aufgrund der sich verschlechternden Sicherheitsbedingungen zog die ECOWAS⁴ alle ihre Truppen aus den in der Hand der NPFL befindlichen Gebieten ab.

Am 15. Oktober führten die Truppen der NPFL eine massive Offensive in und um Monrovia durch, die rund 200 000 Menschen veranlasste, im Stadtzentrum Zuflucht zu suchen. Sowohl das Liberianische Rote Kreuz als auch das IKRK beteiligten sich an der Evakuierung der Verwundeten und an sonstigen Nothilfeinsätzen. Am 24. Oktober appellierte das IKRK an die Konfliktparteien, das humanitäre Völkerrecht und das Wahrzeichen des roten Kreuzes zu achten. Trotzdem sah sich die Institution aufgrund der immer gefährlicher werdenden Lage Ende Oktober gezwungen, ihre entsandten Kräfte aus allen Gebieten, die von der NPFL kontrolliert wurden, abziehen.

Die Nationale Gesellschaft vermochte ihre Einheit in diesem vom Krieg zerrissenen Land zu bewahren und konnte mit Unterstützung des IKRK auf beiden Seiten der Front tätig bleiben.

Tätigkeiten zugunsten der Zivilbevölkerung

Zu den grössten Besorgnissen des IKRK gehörte das Leiden der Zivilbevölkerung.



⊕ IKRK-Regionaldelegation

⊕ IKRK-Delegation / Unterdelegation

Alle Tätigkeiten im Bereich der Nothilfe und des Gesundheitswesens wurden in der Gewissheit ausgeführt, dass die ständige Präsenz der Delegierten in den vom Krieg betroffenen Gebieten wie etwa den Provinzen Grand Gedeh und Lofa einen gewissen Schutz für die Zivilbevölkerung darstellte. Die von Dezember 1991 bis Ende Februar durchgeführte grossangelegte Ver-

¹ National Patriotic Front of Liberia (Charles Taylor)

² Beobachtergruppe der Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten

³ United Liberation Movement of Liberia for Democracy

⁴ Siehe Fussnote 2

teilung von Gebrauchsgütern kam 10 000 Vertriebenen im Grand Gedeh zugute. Die Hilfstätigkeiten des IKRK wurden hauptsächlich auf einer Ad-hoc-Basis durchgeführt, da sich die Vertriebenen aufgrund der schwankenden Frontlinien ständig auf der Flucht befanden.

Das IKRK spielte auch insofern eine wichtige Rolle, als es anderen humanitären Organisationen half, ihre Hilfstätigkeiten weiterzuführen oder zu entfalten. Dies war z.B. der Fall, als IKRK-Delegierte im Juli die Strasse öffneten, die in den Nordwesten der Provinz Lofa führte. Rund hunderttausend Menschen aus Sierra Leone waren aufgrund der Kämpfe in ihrem eigenen Land in diese Gegend geflüchtet, wo sie während Monaten ohne jegliche Nothilfe ausharren mussten. Die Nationale Gesellschaft beteiligte sich an der Ermittlung der Zahl der Opfer und führte mit Unterstützung des IKRK Sanierungsarbeiten durch.

Regelmässig wurden medizinische Hilfsgüter an das Krankenhaus Buchanan und die Klinik des Liberianischen Roten Kreuzes sowie das Waisenhaus in Kakata verteilt. Weitere Behandlungszentren in Gebieten, die von der NPFL kontrolliert wurden, erhielten nach Bedarf und sofern die Sicherheitsbedingungen es erlaubten, Nothilfe.

Nachdem im August ULIMO-Kämpfer die Provinzen Bomi und Cape Mount besetzt hatten, führten IKRK-Vertreter in Sierra Leone Gespräche mit der Führung der ULIMO, um sie an die Grundsätze des humanitären Völkerrechts und die Bedeutung des Rotkreuzzeichens zu erinnern. Alle sonstigen ausländischen Nothilfeorganisationen hatten ihre Mitarbeiter aufgrund der unsicheren Lage bereits im Februar abgezogen. Ein tragischer Zwischenfall am 26. August, bei dem ein einheimischer Angestellter erschossen und ein Delegierter verletzt wurden, veranlasste das IKRK, seine Feldtätigkeiten in diesen beiden Provinzen vollständig einzustellen.

Als Kämpfe in Monrovia ausbrachen, stellten das IKRK, die Nationale Gesellschaft und andere humanitäre Organisationen eine aus acht Fahrzeugen bestehende Ambulanzflotte zusammen. Von Mitte Oktober bis Ende Dezember wurden etwa 1 500 Verwundete und Kranke in Krankenhäuser evakuiert. Trotz der grossen Zahl von Verwundeten verfügte das Krankenhaus der Hauptstadt über ausreichende Medikamente, um den meisten Bedürfnissen gerecht zu werden und benötigte nur wenig IKRK-Hilfe.

Abgesehen von seinen Schutztätigkeiten half das IKRK nach dem Zusammenbruch des wichtigsten Wasserwerks in White Plains, die Hauptstadt mit Trinkwasser zu versorgen. Von den insgesamt 64 Brunnen, die das IKRK 1991 und 1992 gegraben hatte, wurden 21 instandgesetzt, während andere infolge der Kämpfe nicht zugänglich waren. Überdies organisierte die Institution eine Informationskampagne über grundlegende Gesundheitsregeln und Vorbeugungsmassnahmen. Wie bereits im Jahre 1991 sorgten Angestellte der Stadt Monrovia mit Hilfe des IKRK für die Entsorgung der Abfälle und die Instandhaltung der öffentlichen Abwasseranlagen, wobei sie als Gegenleistung Nahrungsmittel erhielten.

Bevor die Gewalttätigkeiten im Oktober erneut aufflammten, hatte das IKRK für die Instandsetzung und den Unterhalt der 1991 und 1992 in der Hauptstadt und anderen Städten und Dörfern gegrabenen Brunnen gesorgt.

Nachdem die Institution aufgrund der Gefahren, denen ausländische Nothelfer ausgesetzt waren, ihre entsandten Kräfte aus den von der NPFL kontrollierten Zonen abgezogen hatte, erhielten in Gbarnga verbliebene einheimische IKRK-Mitarbeiter und Helfer der Nationalen Gesellschaft medizinische Hilfsgüter. Diese wurden aus Man in Côte d'Ivoire herbeigeschafft, wo eine logistische Basis und ein Vorratslager eingerichtet worden waren. Gemeinsam bemühten sich die Helfer,

die medizinischen Einrichtungen und die Klinik in Kakata zu unterstützen.

Ab Juni, als das Fernmeldewesen zum grossen Teil wieder funktionierte, konnten die meistens Liberianer den Kontakt mit ihren Verwandten ohne Hilfe des IKRK aufrechterhalten. Der Schwerpunkt der Suchdiensttätigkeiten lag auf der Bearbeitung besonderer Fälle, namentlich auf Familienzusammenführungen. Insgesamt wurden 45 Familien dank der Suchdiensttätigkeit der Institution zusammengeführt. Einige der betroffenen Menschen hatten in Zonen gelebt, die sich in der Hand der NPFL befanden. Sie wurden über die Gefechtslinien gebracht, während andere ihren Angehörigen nachreisten, die in Nachbarländern Zuflucht gesucht hatten.

Tätigkeiten zugunsten von Gefangenen

Im Januar war das IKRK in der Lage, Gefangene zu besuchen, die von der NPFL in Gbarnga festgehalten wurden. Sie waren bereits 1991 verschiedentlich besucht worden. Vierzehn festgehaltene Personen, für die sich das IKRK eingesetzt hatte, wurden freigelassen und konnten nach Hause zurückkehren. Am 24. Juni trafen IKRK-Vertreter in Gbarnga mit Charles Taylor zusammen und ersuchten ihn um freien Zugang zu den Opfern, die in den Konfliktzonen festsassen, sowie zu allen Gefangenen. Ausserdem wurde die Durchführung von Verbreitungstätigkeiten erörtert. Charles Taylor nahm das Ansuchen der Delegierten an. Aufgrund praktischer Probleme konnten allerdings keine weiteren Gefangenen besucht werden.

Im Anschluss an Gespräche mit den Liberianischen Streitkräften, der Interimsregierung der Nationalen Einheit und der ECOMOG begannen Delegierte in Monrovia Ende Oktober, die zwei grössten Haftzentren der Hauptstadt zu besuchen. Die Besuche wurden im November und Dezember regelmässig durchgeführt. Insgesamt wurden 267 Gefangene, die unter das Mandat des IKRK fielen, registriert. 119

unter ihnen waren Ende des Jahres immer noch in Haft. Zu den Gefangenen gehörten 29 Minderjährige unter 15 Jahren, die später in ein Rehabilitationszentrum der UNICEF verlegt wurden. Rund 60 Gefangene wurden dem «National Readjustment Center» (nationales Wiedereingliederungszentrum) anvertraut, das sich um ehemalige Kämpfer kümmert.

Verbreitungstätigkeiten

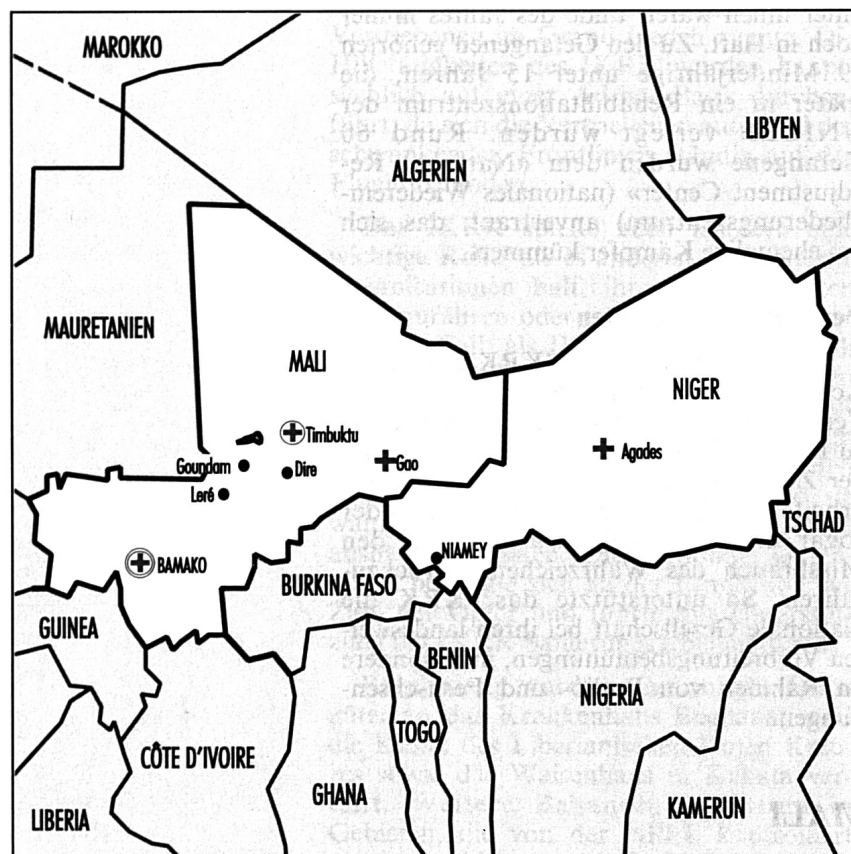
Ein Hauptanliegen des IKRK war es, die Achtung des Rotkreuzzeichens und die Verbreitung des humanitären Völkerrechts zu fördern. In der Tat ist eine grosse Zahl der Zwischenfälle, bei denen Rotkreuzmitarbeiter in ihrer Arbeit behindert oder sogar direkt bedroht wurden, auf den Missbrauch des Wahrzeichens zurückzuführen. So unterstützte das IKRK die Nationale Gesellschaft bei ihren landesweiten Verbreitungsbemühungen, insbesondere im Rahmen von Radio- und Fernsehsendungen.

MALI

Der Schwerpunkt der Tätigkeiten des IKRK in Mali lag im Norden des Landes, namentlich in der Gegend um Timbuktu, wo Tuareg-Faktionen, die sich in der MFUA⁵-Bewegung zusammengeschlossen hatten, gegen die Regierung kämpften. Die 1991 in Algerien eingeleiteten Friedensgespräche führten am 12. April 1992 zur Unterzeichnung eines nationalen Paktes und der schrittweisen Durchsetzung von Plänen zur Stabilisierung der Lage im Norden.

Trotzdem war die Situation für die ausländischen Helfer aufgrund der Sicherheitszwischenfälle zu gefährlich, um wieder regelmässig im Feld tätig zu werden. Das

⁵ Mouvements et Fronts unifiés de l'Azawad



IKRK unterhielt ständige Kontakte mit Führungskräften des Landes. Im April wurde ein Sitzabkommen unterzeichnet und in der Hauptstadt Bamako offiziell eine Delegation eröffnet. Das IKRK traf ausserdem bei zahlreichen Gelegenheiten mit Führern der Tuareg-Bewegung zusammen, um sicherzustellen, dass sie die IKRK-Arbeit im Norden weiterhin akzeptierten.

Im Anschluss an die Annahme einer neuen Verfassung wurden im Juni Wahlen abgehalten. Zwei Wochen nach der Amtsübernahme empfing Präsident Alpha Oumar Konare am 18. Juni eine IKRK-Delegation und sicherte der Institution seine Unterstützung für ihre Tätigkeiten zu. Er wollte ausserdem über alle den Delegier-

ten zugehenden Berichte über angebliche, von seinen Sicherheitskräften begangene Verletzungen des humanitären Völkerrechts unterrichtet werden. Von diesem Zeitpunkt an führten IKRK-Vertreter häufig Gespräche mit Führungskräften der neuen Regierung.

Was die Tätigkeiten zugunsten malischer Flüchtlinge in Mauretanien angeht, beziehe man sich auf das Kapitel *Mauretanien*.

Tätigkeiten zugunsten der Zivilbevölkerung

Mit der von den Behörden und der MFUA erteilten Erlaubnis war das IKRK in der Lage, seine üblichen Tätigkeiten im Norden des Landes durchzuführen. Das grösste Anliegen der Delegierten war ein verbesserter Schutz der Zivilbevölkerung. So informierten sie sowohl die Regierung als auch die Tuareg-Faktionen regelmässig über Anschuldigungen von Verletzungen des humanitären Völkerrechts, von denen sie Kenntnis erhalten hatten. Im Februar wurden in der Gegend von Timbuktu fünf Büros, die mit einheimischen Mitarbeitern besetzt wurden, und ein IKRK-Büro in Gao eröffnet.

Abgesehen von der Überwachung der Lage und der Durchführung zahlreicher Verbreitungsveranstaltungen unterstützten die Delegierten die verletzlichsten Bevölkerungsgruppen, die von ihren üblichen Nahrungsmittelquellen abgeschnitten waren, da sich andere Hilfsorganisationen aufgrund der sich häufenden Sicherheitszwischenfälle aus dem Norden zurückgezogen hatten. Insgesamt verteilten IKRK-Delegierte im Jahre 1992 rund 706 Tonnen Hilfsgüter. Sanitätsposten, Ambulatorien und Krankenhäuser in der weiteren Umgebung von Timbuktu erhielten medizinische Hilfsgüter, so dass sie wieder funktionsfähig waren und alle ethnischen Gruppen in den Genuss medizinischer Betreuung kommen konnten. Auch die Ambulatorien der Nationalen Gesellschaft in Gao erhielten Hilfe vom IKRK.

Ein Hauptanliegen der Institution war sodann die Unterstützung der Nationalen Gesellschaft bei der Ausbildung und Zusammenstellung von Erste-Hilfe-Teams. Mehrmals evakuierte das IKRK zusammen mit dem Personal der Nationalen Gesellschaft Menschen, die bei Sicherheitszwischenfällen verletzt worden waren. Als beispielsweise am 27. Juni in Gao infolge eines gegen das Dorf Tamashek verübten Angriffs Gefechte zwischen Songhai- und Tamashek-Gemeinschaften ausbrachen, wurden rund zwanzig Verletzte ins Krankenhaus gebracht. Vor diesen Ereignissen evakuierten die kurz zuvor verstärkten Erste-Hilfe-Teams des Malischen Roten Kreuzes die Toten und Verwundeten aus dem Zentralgefängnis von Bamako, wo am 26. März eine Meuterei ausgebrochen war.

Überdies führte das IKRK in Bamako im März ein Seminar über humanitäres Völkerrecht durch, an dem rund zwanzig Instrukteure der malischen Streitkräfte teilnahmen.

Tätigkeiten zugunsten von Gefangenen

1992 führten die Delegierten weiterhin regelmäßige Besuche in den Gewahrsamsorten Bamakos und anderer Städte durch. Die 1991 erteilten Genehmigungen wurden von der im Juni gewählten Regierung bestätigt. Die vom IKRK besuchten Gefangenen waren vornehmlich Mitglieder der im März 1991 abgesetzten Regierung und Menschen, die im Zusammenhang mit der Tuareg-Rebellion im Norden des Landes festgehalten wurden. Einmal hatten IKRK-Delegierte auch Zugang zu Menschen, die von einer der oppositionellen Faktionen festgehalten wurden. Das IKRK leistete gegebenenfalls medizinische und materielle Hilfe zugunsten der Gefangenen, die auch den Suchdienst in Anspruch nehmen konnten.

Im Februar bot das IKRK offiziell seine guten Dienste als neutraler Vermittler bei der Freilassung von Gefangenen an, die von den malischen Behörden bzw. den Tuareg-

Rebellen festgehalten wurden. Zwei Monate danach wurden 24 Gefangene im Norden des Landes unter der Schirmherrschaft des IKRK freigelassen. Zuvor hatte das IKRK Gespräche mit ihnen geführt, um sich zu vergewissern, dass sie tatsächlich freigelassen werden wollten. Wenig später gaben die Tuareg-Rebellen 28 weitere Menschen frei, die nach Bamako ausgeflogen und in Gegenwart von IKRK-Delegierten von den Behörden empfangen wurden.

NIGER

Um den humanitären Bedürfnissen gerecht zu werden, die sich aufgrund der politischen Spannungen zwischen den oppositionellen Tuareg und der Regierung Nigers im Norden des Landes ergeben hatten, traf Anfang Juni ein IKRK-Delegierter in Niamey ein. Einen Monat später eröffnete er ein Büro in Agades.

Während des OAU-Gipfeltreffens im Juni in Dakar führte der Vizepräsident des IKRK Gespräche mit dem Premierminister Nigers, Amadou Cheiffou. Es wurden Themen wie der Besuch von Sicherheitsgefangenen und die IKRK-Präsenz in den Nordprovinzen erörtert.

SIERRA LEONE

Das Grenzgebiet zu Liberia wurde weiterhin von zwei Konflikten in Mitleidenschaft gezogen. Viele Bewohner der östlichen Provinzen hatten nicht nur unter den Folgen des Bürgerkriegs in Liberia zu leiden, sondern mussten vor den inneren Unruhen flüchten, die im Februar 1991 ausgebrochen waren, als die Revolutionäre Einheitsfront (RUF)⁶ zu den Waffen griff. Gemeinsam mit Liberianern, die ihrerseits

⁶ Revolutionary United Front

Zuflucht in Sierra Leone gesucht hatten, überschritt ein Teil der Bevölkerung die Grenze zu Liberia. Viele Menschen suchten aber auch Zuflucht in anderen Teilen des eigenen Landes.

Nach dem Sturz von General Joseph Momoh am 27. April wurde ein provisorischer nationaler Regierungsrat, der «National Provisional Ruling Council» (NPRC), unter der Führung von Hauptmann Valentine Strasser gebildet. Trotz der vom NPRC unterbreiteten Vorschläge zu einer friedlichen Beilegung des Konflikts setzte die RUF ihre militärischen Operationen fort, wobei die Kämpfe im letzten Quartal an Intensität zunahmen.

Gleichzeitig hatten die Kämpfe zwischen Charles Taylors NPFL und der ULIMO zur Folge, dass zahlreiche Flüchtlinge aus Sierra Leone Liberia wieder verliessen, um in ihr Heimatland zurückzukehren (siehe auch *Liberia*).

Im Februar hatte General Momoh dem IKRK die Erlaubnis erteilt, den Besuch von Sicherheitshäftlingen wiederaufzunehmen. Diese Frage war auch Gegenstand von Gesprächen mit den neuen Behörden. Am 18. Mai wurde dem Staatssekretär und persönlichen Berater des Präsidenten, John Benjamin, ein offizielles Angebot der guten Dienste unterbreitet. Am 11. Juni empfing der neue Staatschef, Hauptmann Strasser, den Stellvertretenden Generaldelegierten und gab seine grundsätzliche Einwilligung zu den Gefangenenbesuchen. IKRK-Delegierte nahmen ausserdem Kontakt mit dem neuen Chef der Streitkräfte, Oberst J.S. Gothor, auf, um Fragen bezüglich der Verbreitung des humanitären Völkerrechts und der Gefangenenbesuche zu erörtern.

Tätigkeiten zugunsten von Häftlingen

Das mit den neuen Behörden abgeschlossene Übereinkommen ermöglichte den Delegierten den Besuch der Sicherheitshäftlinge im Zentralgefängnis von Freetown. Der Bericht über den im Juni durchgeführten Besuch wurde Oberstleutnant Akim Gibril,

Staatssekretär für Gesundheits- und Sozialwesen, im August überreicht. Ein zweiter Besuch erfolgte kurz danach. Im November wurde das Zentralgefängnis von Freetown zum dritten Mal besucht. Am 23. Oktober erteilte der Generalstabschef der Armee dem IKRK die Erlaubnis, alle im Zusammenhang mit dem Konflikt in den Ostprovinzen Sierra Leones festgenommenen Personen zu besuchen. Aufgrund von Zwischenfällen fanden die geplanten Besuche allerdings nicht statt.

Tätigkeiten zugunsten der Zivilbevölkerung

In den von den Kämpfen in Mitleidenschaft gezogenen Gebieten, insbesondere in und um Zimmi, unterstützte das IKRK durchschnittlich 10 000 Vertriebene, aus Liberia zurückgekehrte Flüchtlinge und Menschen, die in diesem Gebiet ansässig waren, aber ihr Land aus Sicherheitsgründen nicht bebauen konnten. Die häufigen IKRK-Missionen stellten ausserdem eine Schutzmassnahme für die Zivilisten dar, so insbesondere für die Menschen aus Sierra Leone, die aus dem liberianischen Exil zurückgekehrt waren und wegen möglicher Verbindungen zur Opposition verhört wurden. Überdies verteilten die Delegierten an stark unterernährte Rückkehrer zusätzliche Nahrung, während die Bevölkerung in einigen anderen Gebieten Saatgut und Ackergerät erhielt, damit sie die Felder wieder bebauen konnte. Das IKRK verteilte während des Berichtsjahres rund 950 Tonnen Nahrungsmittel und 30 Tonnen Reis- und Gemüsesamen.

Das IKRK richtete ausserdem eine mobile Klinik für Dörfer ein, in denen die medizinischen Einrichtungen nicht mehr funktionierten. Als im April im Zusammenhang mit dem Staatsstreich Kämpfe in den Strassen von Freetown ausbrachen, half das IKRK der Nationalen Gesellschaft, die Erste Hilfe leistete und Verwundete evakuierte. Eine IKRK-Krankenschwester unterstützte das Personal in den örtlichen

Krankenhäusern, als infolge der Kämpfe zahlreiche Patienten herbeizuströmen begannen. Im September und Oktober bemühte sich das IKRK, die Zivilisten zu erreichen, die unter den Kämpfen in den beiden Regionen in der Hand der RUF-Rebellen zu leiden hatten. Die prekären Sicherheitsbedingungen und zwei schwere Zwischenfälle, bei denen das Rotkreuzzeichen nicht geachtet wurde, verhinderten jedoch jegliche Feldtätigkeit.

ABIDJAN **Regionaldelegation**

(Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Guinea, Liberia, Sierra Leone: für die beiden letztgenannten Länder beziehe man sich auf die entsprechenden Sonderkapitel)

Die Regionaldelegationen in Westafrika wurden Mitte 1992 neu organisiert. In Abidjan wurde eine neue Delegation eröffnet, während die Regionaldelegation in Lagos die Verantwortung für die IKRK-Tätigkeiten in Togo und Benin übernahm. Abgesehen von der Aufsicht über die IKRK-Tätigkeiten in Ländern, in denen innere Unruhen oder regelrechte Bürgerkriege herrschten, bestand die Haupttätigkeit der Regionaldelegation in Abidjan in den traditionellen Verbreitungstätigkeiten und der Unterstützung der Nationalen Gesellschaften in dieser Region. Hauptanliegen war es, wie in Lagos, örtliche Erste-Hilfe-Teams aufzubauen oder zu verstärken, in der breiten Öffentlichkeit und bei den Behörden Kenntnisse über das humanitäre Völkerrecht zu verbreiten und ihnen die Bedeutung des Rotkreuzzeichens und der Grundsätze der Bewegung näherzubringen.

BURKINA FASO

Vom 1. bis 17. Juni führte die Regionaldelegation eine Informationskampagne über das Rotkreuzzeichen durch. Überdies unterstützte das IKRK die Nationale Ge-

sellschaft bei ihrem Hilfsprogramm zugunsten von festgehaltenen Personen.

CÔTE D'IVOIRE

Am 2. Juli begab sich IKRK-Vizepräsident Claudio Caratsch nach Abidjan, wo er sich mit Vertretern des Aussenministeriums von Côte d'Ivoire über die Unterzeichnung eines Sitzabkommens unterhielt. Aufgrund dieser Gespräche und früherer Kontakte mit den Behörden konnte die neue Regionaldelegation im August eröffnet werden.

Im März führte das IKRK einen für Erste-Hilfe-Teams des Roten Kreuzes von Côte d'Ivoire bestimmten Workshop über Einsatzbereitschaft in Notsituationen durch. Anschliessend fand ein Seminar für einheimische Journalisten statt. Die Minister für Gesundheitswesen und Information wohnten der Eröffnungszeremonie bei.

Im Mai wurde der Regionaldelegierte vom Justizminister zu Gesprächen über den Besuch von Sicherheitshäftlingen empfangen.

DAKAR **Regionaldelegation**

(Kap Verde, Gambia, Guinea-Bissau, Senegal)

Der Regionaldelegierte begab sich mehrmals nach Gambia, um mit der Nationalen Gesellschaft Fragen gemeinsamen Interesses zu erörtern. Dazu gehörten der Aufbau und die Ausrüstung örtlicher Nothilfe-teams, der Schutz des Wahrzeichens, die Verbreitung des humanitären Völkerrechts sowie das Sozialhilfeprogramm des Gambischen Roten Kreuzes zugunsten von Gefangenen. Gespräche über ähnliche Themen wurden zudem mit Vertretern der Nationalen Gesellschaft von Guinea-Bissau geführt.

SENEGAL

Am 17. April weilte der senegalesische Präsident Abdou Diouf in Genf und traf bei

dieser Gelegenheit mit IKRK-Präsident Cornelio Sommaruga, Vizepräsident Claudio Caratsch und dem Generaldelegierten für Afrika zusammen. Präsident Abdou Diouf befand sich in Begleitung seines Aussenministers Djibo Ka. Im Verlauf der Gespräche wurde unter anderem die Situation in Liberia und im Sudan erörtert. Der senegalesische Präsident gab auch seinem Wunsch Ausdruck, das IKRK möge seine Präsenz in Westafrika in Anbetracht der wachsenden Spannungen in verschiedenen Ländern, für die die Regionaldelegation zuständig ist, verstärken. Der Vizepräsident des IKRK wurde seinerseits von Präsident Diouf während des OAU⁷-Gipfeltreffens in Dakar empfangen (siehe auch *Internationale Organisationen*).

Unruhen im Gebiet der Casamance im südlichen Senegal zogen weiterhin die Zivilbevölkerung in Mitleidenschaft und veranlassten zahlreiche Familien, nach Gambia oder Guinea-Bissau zu flüchten.

Obschon die MFDC⁸ mit der senegalesischen Regierung am 31. Mai 1991 in Bissau ein Friedensabkommen unterzeichnet hatte, griff die Bewegung Ende des Jahres erneut zu den Waffen.

Das IKRK führte 1992 in dieser Region mehrere Missionen zur Lagebeurteilung durch und führte Gespräche mit örtlichen Behörden und Oppositionsgruppen. Während seines Aufenthalts in Senegal im Juni nahm Vizepräsident Caratsch gemeinsam mit dem Präsidenten der Nationalen Gesellschaft an einer dieser Lagebeurteilungen teil. Nach seiner Rückkehr nach Dakar traf Claudio Caratsch mit den Ministern für Inneres und Gesundheitswesen sowie dem Generalstabschef der Streitkräfte zusammen. Daraufhin erhielten Teams der Nationalen Gesellschaft die Erlaubnis, sowohl Kämpfer der MFDC als auch Zivilisten, die bei Angriffen verletzt worden waren, zu

evakuieren. Schon früher im Jahr waren mit Unterstützung des IKRK sechs Erste-Hilfe-Teams zusammengestellt und ausgebildet worden. Gemeinsam mit dem Senegalesischen Roten Kreuz wurden in Dakar Vorbereitungskurse auf Notstandssituationen durchgeführt.

In der Casamance verschlechterte sich die Situation laufend, und im August wurde die senegalesische Armee in dieses Gebiet entsandt, um die Ordnung wiederherzustellen. Die Kämpfe vom 1. und 2. September in der Nähe von Zinguichor forderten 55 Tote und etwa 70 Verwundete. Rund 5 000 Menschen flüchteten in die Nachbarländer Gambia oder Guinea-Bissau. Das Gambische Rote Kreuz stellte ein Nothilfeprogramm zugunsten der Flüchtlinge auf, die fast vollständig auf die Hilfe des Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) angewiesen waren.

Gegen Jahresende war die Situation alles andere als ruhig. Mehrmals brachen Kämpfe aus, die Todesopfer und Verwundete unter Zivilisten und Kämpfern forderten und noch mehr Menschen zur Flucht veranlassten. Aufgrund der ständig wachsenden Unsicherheit verliessen etwa 20 000 Menschen ihr Zuhause, doch blieben sie in der Casamance. Ende des Jahres wurde ein Hilfsprogramm zugunsten dieser Vertriebenen aufgestellt, das gemeinsam mit der Nationalen Gesellschaft durchgeführt werden sollte.

KINSHASA **Regionaldelegation** **(Kongo, Zaire)**

ZAIRE

Zaire war während des ganzen Berichtsjahres Schauplatz grosser politischer Spannungen. Die allgemeine Lage verschlechterte sich, als die Unzufriedenheit im Volke wuchs und es verschiedentlich zu Tumulten in Kinshasa und anderen Teilen

⁷ Organisation der Afrikanischen Einheit

⁸ Mouvement des Forces démocratiques de la Casamance

des Landes kam. In der Region Shaba führten politische Unruhen zu Gewalttätigkeiten zwischen den Katangas und der Bevölkerung, die ursprünglich aus Kasai stammt. Viele Menschen unter den letzteren waren gezwungen, ihre Heimstätte zu verlassen.

Eines der Hauptanliegen des IKRK bestand darin, die Nationale Gesellschaft bei ihren Bemühungen zu unterstützen, die Zahl der Erste-Hilfe-Teams zu vergrößern und deren Einsatzfähigkeit in Notsituationen zu fördern. Ausserdem führten Delegierte Ermittlungsmissionen in den Gegenden durch, aus denen Unruhen gemeldet worden waren. Ferner besuchten sie Häftlinge, hauptsächlich in der Hauptstadt.

Tätigkeiten zugunsten der Zivilbevölkerung

Als am 16. Februar in Kinshasa während einer Demonstration Strassenkämpfe zwischen Sicherheitskräften und Demonstranten ausbrachen, brachten örtliche Erste-Hilfe-Teams des Roten Kreuzes und IKRK-Delegierte über 30 Verwundete ins Krankenhaus. Um die Einsatzfähigkeit der Nationalen Gesellschaft in solchen Notsituationen zu vergrößern, entsandte das IKRK eine Krankenschwester für die Dauer von sechs Monaten vor Ort, um die nationale Erste-Hilfe-Kommission (ein Organ der Nationalen Gesellschaft) und die örtlichen Rotkreuz-Teams neu zu organisieren.

IKRK-Delegierte führten eine Reihe von Missionen in der Region Shaba durch, wo aufgrund politischer Auseinandersetzungen zwischen Katangern und Kasaiern Gewalttätigkeiten ausgebrochen waren. Es wurden Häuser zerstört, und zahlreiche Menschen flüchteten, um dem von örtlichen Aktivistengruppen ausgeübten Druck zu entkommen. Im August verteilten Delegierte unter Mithilfe örtlicher Rotkreuz-Mitarbeiter Nahrungsmittel und medizinische Hilfsgüter an die Bedürftigsten unter den Vertriebenen beider Gemeinschaften. Daraufhin

unterrichtete das IKRK die Behörden Zaires über seine Feststellungen und ersuchte sie, für eine bessere Achtung der einzelnen Minderheiten zu sorgen.

Bis Oktober hatte sich die Situation so sehr verschlechtert, dass mehr und mehr Kasaiers (rund 62 000) die Flucht ergriffen. Helfer des Zairischen Roten Kreuzes wurden in den Zügen tätig, die die Kasaiers an den Ort zurückbrachten, den ihre Familien vor mehreren Generationen verlassen hatten. Ende des Jahres stellte das IKRK unter Mithilfe der Nationalen Gesellschaft ein Nothilfeprogramm für rund 9 000 Vertriebene auf, einschliesslich Kinder, die an Unterernährung litten und in Lagern in der Nähe des Bahnhofs Likasi lebten.

Im März und erneut im Mai besuchten in Kinshasa und Kampala stationierte Delegierte die Grenzregion im nördlichen Kivu, wo die Zivilbevölkerung durch Spannungen zwischen örtlichen Gemeinschaften und Zusammenstösse mit der Armee in Mitleidenschaft gezogen wurde. Auch die Unruhen im benachbarten Rwanda wirkten sich auf die Bevölkerung aus. Das einheimische Rote Kreuz erhielt medizinische Unterstützung, während für die örtlichen Behörden und die in dieser Region stationierten Streitkräfte Verbreitungslehrgänge durchgeführt wurden. Im Juni besuchten die Delegierten fünf Gefangene in Goma.

Tätigkeiten zugunsten von Häftlingen

Im April besuchten Delegierte das Makala-Gefängnis, doch wurden keine Häftlinge registriert, die unter das Mandat des IKRK fielen. Das Zairische Rote Kreuz führte mit Unterstützung des IKRK das im Juli 1991 begonnene Zusatzernährungsprogramm für Häftlinge fort. IKRK-Delegierte besuchten auch Gewahrsamsorte, die den Staatssicherheitsbehörden, der nationalen Polizei, der Zivilgarde, den militärischen Sicherheitskräften und dem Justizministerium unterstanden. Insgesamt wurden 13 Besuche in Gewahrsamsorten durchgeführt, in denen Sicherheitshäftlinge festgehalten

wurden. Im September übergaben die Delegierten den obersten Landesbehörden den Bericht über die Häftlingsbesuche des IKRK.

Verbreitungstätigkeiten

Ende Januar begab sich der Regionaldelegierte in die Region Shaba, wo er drei Seminare für die Streitkräfte durchführte und verschiedene Vorträge an der Militärakademie Lubumbashi hielt. Das IKRK lieferte der Universität Kinshasa weiterhin didaktisches Material über humanitäres Völkerrecht.

LAGOS Regionaldelegation

(Benin, Ghana, Nigeria, Togo)

Hauptanliegen des IKRK in dieser Region war es, die Nationalen Gesellschaften bei ihren Bemühungen zu unterstützen, ihre Einsatzfähigkeit in Notsituationen zu vergrößern. Ausserdem ging es darum, die Kenntnisse über die Grundsätze des humanitären Völkerrechts und die Rotkreuzbewegung in der breiten Öffentlichkeit, bei den Behörden, den Helfern der Nationalen Gesellschaften und auf allen Ebenen der bewaffneten Streitkräfte zu fördern. Im Dezember fand in Lagos ein Workshop für militärische Instrukteure aus Ghana, Sierra Leone und Nigeria statt.

BENIN

Am Anfang des Jahres nahm der Generalstabschef der Armee das humanitäre Völkerrecht in das reguläre Ausbildungsprogramm für Offiziere auf. Das IKRK wurde eingeladen, einen Vortrag an der Militärakademie Porto Novo zu halten.

GHANA

Im Mai organisierte die Nationale Gesellschaft unter Mitwirkung des IKRK und des Britischen Roten Kreuzes ein Seminar

zur Vorbereitung auf Notsituationen. Dieser Workshop hatte vornehmlich den Aufbau von Erste-Hilfe-Teams zum Thema. Daraufhin beteiligte sich das Ghanaische Rote Kreuz an einem von den Behörden aufgestellten Vorbereitungsplan für Notsituationen. Überdies organisierte das IKRK im Juli ein dreitägiges Seminar über humanitäres Völkerrecht an der Militärakademie Accra.

NIGERIA

Nigeria hatte schwer unter sozialen und wirtschaftlichen Spannungen zu leiden, die im Mai zu Ausschreitungen in Lagos führten. Später im Jahr fanden Wahlen in einem sehr gespannten Klima statt. Ausserdem brachen Gewalttätigkeiten zwischen rivalisierenden Gemeinschaften im Norden und Osten des Landes aus, die Tausende von Todesopfern forderten. Das IKRK war über die Lage ausserordentlich besorgt, weshalb es sich bemühte, das Personal der Nationalen Gesellschaft auf Notsituationen vorzubereiten.

In mehreren Städten — darunter Lagos, Kaduna und Taraba — wurden Erste-Hilfe-Teams zusammengestellt. Das IKRK richtete die ersten Stationen eines landesweit geplanten HF-Radio-Netzes ein, um die Kommunikation innerhalb der Nationalen Gesellschaft zu verbessern. Ausserdem legte es in Lagos und Kaduna Vorratslager mit Nothilfgütern an.

Als es in Lagos zu Tumulten kam, war das Nigerianische Rote Kreuz noch nicht genügend ausgerüstet, um der Situation gerecht zu werden. Doch als im September die Wahlen stattfanden, waren die Teams der Nationalen Gesellschaft ausreichend vorbereitet, um Menschen, die bei Strassenkämpfen oder sonstigen Zwischenfällen verletzt worden waren, zu evakuieren.

Das IKRK führte sodann verschiedene Missionen in von Unruhen heimgesuchten Provinzen durch, um die Bedürfnisse der Zivilbevölkerung zu ermitteln. Es unterstützte die Hilfstätigkeiten der Nationalen

Gesellschaft in Taraba, wo Tivs und Yunks sich schon seit Generationen bekämpfen, sowie im Nachbarstaat Benue.

Die Delegierten führten des weiteren Gespräche mit Führungskräften der Nigerianischen Streitkräfte mit dem Ziel, die Durchführung von Lehrgängen in humanitärem Völkerrecht zu erreichen. Im Berichtsjahr hielt das IKRK Vorträge an der nigerianischen Kriegshochschule und an der Militärschule in Jaji, an der höhere Offiziere ausgebildet werden.

TOGO

Im März führte das IKRK seinen zweiten Lehrgang in humanitärem Völkerrecht für Mitglieder der togolesischen Streitkräfte in Kara durch. Vor den Wahlen, die für das letzte Quartal des Jahres angesetzt waren, organisierte die Regionaldelegation im Rahmen eines Programms zur Vorbereitung auf Notsituationen für 400 Staatsbeamte eine Reihe von Erste-Hilfe-Kursen. Eine IKRK-Krankenschwester verbrachte einige Zeit in Togo, wo sie die Nationale Gesellschaft auf dem Gebiet der Ausbildung und Koordination von Erste-Hilfe-Teams beriet. Mit Unterstützung des IKRK produzierte das Togolesische Rote Kreuz eine Reihe von Radio- und Fernsehsendungen über die Grundsätze der Bewegung und die Notwendigkeit, das Wahrzeichen jederzeit zu achten.

Als im Mai in Sotouboua Gewalttätigkeiten zwischen rivalisierenden Gemeinschaften ausbrachen, unterstützte die Nationale Gesellschaft gemeinsam mit dem IKRK rund 1 500 Vertriebene.

Nach dem Beschluss des IKRK, die Regionaldelegation zu schliessen, verabschiedete sich die Vertreterin der Institution am 6. August offiziell von den Behörden in Lomé. Bei dieser Gelegenheit wurde sie von Premierminister Joseph Koffigoh zu einem Gespräch empfangen. Seit diesem Zeitpunkt ist die Regionaldelegation Lagos für die IKRK-Tätigkeiten in Togo zuständig.

YAOUNDE Regionaldelegation

(Kamerun, Zentralafrikanische Republik, Tschad, Äquatorial-Guinea, São Tomé und Príncipe)

Die Regionaldelegation wurde am 1. Juni offiziell eröffnet. Ihre Hauptaufgaben bestanden darin, Kontakte herzustellen, um dem IKRK Zugang zu den Sicherheitshäftlingen zu verschaffen, Verbreitungstätigkeiten anzuregen und zu organisieren sowie die Nationale Gesellschaft bei ihren Projekten zur Förderung ihrer operationellen Einsatzfähigkeit zu unterstützen.

Yaoundé war auch Tagungsort des regionalen Seminars zur Umsetzung des humanitären Völkerrechts (siehe *Recht und Rechtsgestaltung*). Überdies fand in Yaoundé Anfang September ein Seminar für höhere Armee- und Gendarmerieoffiziere aus den zehn Mitgliedsstaaten der ECCAS⁹ statt.

KAMERUN

Die Regionaldelegation Yaoundé war auch mit der Einschätzung der humanitären Bedürfnisse, die sich aufgrund der politischen Unruhen in Westkamerun ergeben hatten, beauftragt.

1991 hatte das IKRK zweimal seine Dienste angeboten, um Sicherheitshäftlinge in Kamerun zu besuchen. Im Mai 1992 wurde dieses Thema mit dem Minister für Territorialverwaltung erneut erörtert. Er machte geltend, dass sich die Lage der Sicherheitshäftlinge geändert habe und die Umerziehungslager geschlossen worden seien. Trotzdem willigte er grundsätzlich ein, dass IKRK-Delegierte die Gefängnisse des Landes besuchen.

Im August besuchten IKRK-Delegierte drei Gefängnisse in Westkamerun und stellten fest, dass alle unter das Mandat des IKRK fallenden Gefangenen im Mai freige-

⁹ Wirtschaftsgemeinschaft afrikanischer Staaten

lassen worden waren. Im Anschluss an diese Besuche gewährte das IKRK den Gefängnissen ausnahmsweise medizinische und materielle Unterstützung.

Als im Oktober in dieser Gegend die Wahlergebnisse von Oppositionsgruppen angefochten wurden, kam es zu Festnahmen in Bamenda. Das IKRK wurde bei den Behörden vorstellig, um Zugang zu den im Zusammenhang mit diesen Ereignissen festgenommenen Sicherheitshäftlingen zu erhalten. Es wurden allerdings keine Besuche durchgeführt und zum Jahresende waren alle Gefangenen freigelassen worden. Ende Dezember wurde gemeinsam mit der Nationalen Gesellschaft ein Hilfsprogramm aufgestellt, um 400 Familien, die ihre Häuser aufgrund der Unruhen verlassen hatten, zu unterstützen.

ZENTRALAFRIKANISCHE REPUBLIK

1992 erhielt das IKRK grundsätzlich die Erlaubnis, Sicherheitshäftlinge zu besuchen. Aufgrund dieses Übereinkommens wurden Besuche in zwei Gefängnissen des Landes durchgeführt, bei denen die Delegierten drei unter das Mandat des IKRK fallende Gefangene gemäss den üblichen Kriterien der Institution sahen. Die beiden Gefängnisse erhielten medizinische und materielle Hilfsgüter.

Das IKRK und die Nationale Gesellschaft sorgten weiterhin dafür, dass die sudanesischen Flüchtlinge in der Zentralafrikanischen Republik den Kontakt mit anderswo lebenden Angehörigen aufrechterhalten konnten. Insgesamt wurden 1 025 Botschaften übermittelt und 309 Suchanträge entgegengenommen.

TSCHAD

Im Laufe des Jahres führte der Regionaldelegierte häufig Gespräche mit den tschadischen Behörden, um die Genehmigung für Häftlingsbesuche zu erhalten. Obschon die betroffenen Ministerien ihre grundsätz-

liche Zusage erteilten, konnten keine Besuche gemäss den Kriterien des IKRK durchgeführt werden. Das IKRK nahm weiterhin die Leitung des orthopädischen Zentrums in Kabayale wahr. 1992 wurden über 185 Behinderten orthopädische Hilfen angepasst und 151 Prothesen und 179 Orthesen angefertigt. Der Leiter der orthopädischen Werkstatt bereitete sodann die Übernahme des Zentrums durch eine tschadische nichtstaatliche Organisation — die SECADEV (*Secours catholique et Développement*) — vor. Sodann wurden Bemühungen unternommen, Nothilfeteams der Nationalen Gesellschaft zu bilden, deren freiwillige Helfer in Erster Hilfe ausgebildet wurden. Das Tschadische Rote Kreuz führte mit Unterstützung des IKRK auch Sanierungsarbeiten in N'Djamena durch.

ÄQUATORIALGUINEA

1992 nahm das IKRK Gespräche mit den Behörden auf, um Zugang zu den Sicherheitshäftlingen zu erhalten. Obschon der Justizminister den IKRK-Besuchen grundsätzlich zustimmte, erteilte der Innenminister keine Erlaubnis dazu, so dass kein Besuch stattfinden konnte.

Ferner wurde die Zusammenarbeit mit der Nationalen Gesellschaft fortgeführt, insbesondere auf dem Gebiet der Ausbildung von Erste-Hilfe-Teams und der Verbreitung des humanitären Völkerrechts.

*
* *

ANGOLA

Im Anschluss an die Unterzeichnung des Übereinkommens von Bicesse im Mai 1991, das zu einem Waffenstillstand und der Ausarbeitung eines Friedensplans zur Beendigung des 16 Jahre dauernden angolanschen Bürgerkrieges führte, begann das IKRK Anfang 1992, seine Tätigkeiten im

Land abzubauen. Die Institution war jedoch weiterhin an der Beaufsichtigung der Freilassung von Gefangenen beteiligt und führte verschiedene Nothilfeprogramme zu Ende.

Mit der Einkehr des Friedens verbesserte sich die soziale und wirtschaftliche Lage schrittweise, doch kam die Durchsetzung des Übereinkommens von Bicesse nur schleppend voran. So kam es des öfteren zu heftigen Scharmützeln auf dem Planalto und in den südlichen Provinzen.

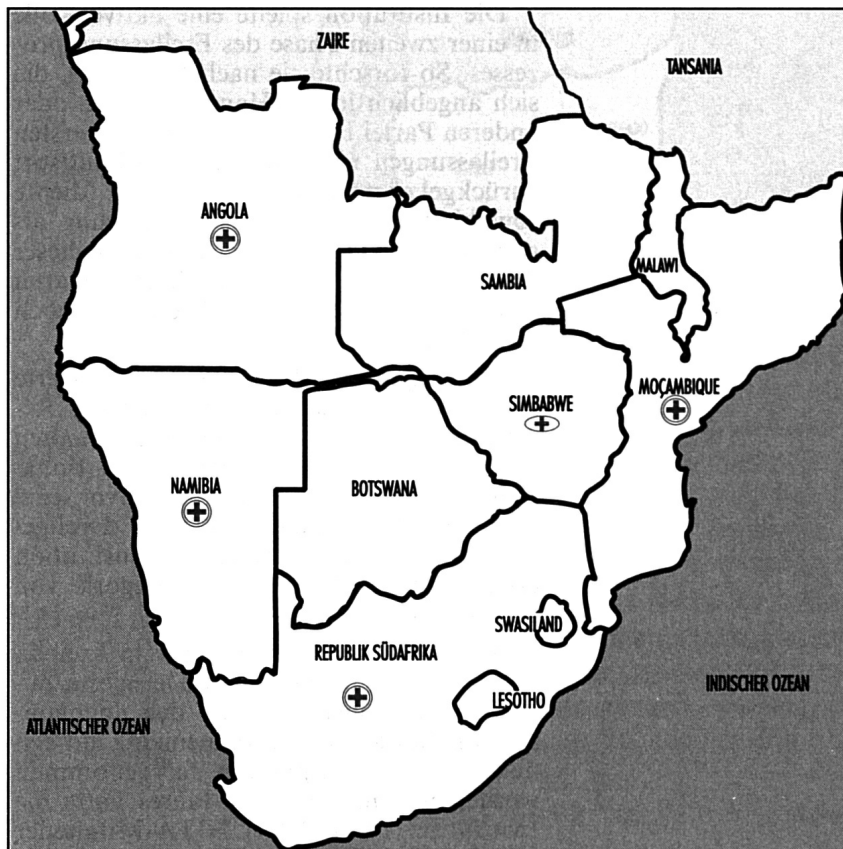
Die Wahlkampagne — die Wahlen fanden am 29. und 30. September unter Aufsicht der Vereinten Nationen statt — verlief verhältnismässig ruhig, doch brachen bei der Bekanntgabe der Ergebnisse Unruhen aus. Ab diesem Zeitpunkt verschlechterte sich die Situation und Ende Oktober flammten in Luanda heftige Kämpfe auf. Tausende wurden getötet oder verwundet und zahlreiche Familien flüchteten. Die Unruhen erfassten bald auch Huambo und andere Provinzstädte.

Ende 1992 wurde alles unternommen, um die UNITA¹⁰ und die Regierung wieder an den Verhandlungstisch zu bringen und das Land vor einem neuen Krieg zu verschonen.

Trotz der wachsenden humanitären Bedürfnisse verliessen die meisten ausländischen Hilfsorganisationen infolge der allgemeinen Unsicherheit Ende des Jahres das Land. Die Lage wurde so gefährlich, dass sich sogar die Verifikationsmission der Vereinten Nationen (UNAVEM) nicht im Feld halten konnte.

Tätigkeiten zugunsten von Gefangenen

Laut den Übereinkommen von Bicesse sollten alle im Zusammenhang mit dem Konflikt gefangenen Zivilisten und Militärpersonen freigelassen werden. Das IKRK war mit der Aufgabe betraut, diese Freilassungen zu überwachen. Zwi-



⊕ IKRK-Regionaldelegation ⊕+ IKRK-Delegation / Unterdelegation

schen Juli 1991 und Juli 1992 gab die Regierung 940 Gefangene im Beisein von IKRK-Delegierten frei. Bis zum 23. April hatte das IKRK alle 24 dem Innenministerium unterstehenden Gefängnisse besucht, um zu überprüfen, ob alle Sicherheitshäftlinge die Freiheit wiedererlangt hatten. Die IKRK-Delegierten hatten ausserdem 3 142 Gefangene in der Hand der UNITA registriert, von denen 723 nach Hause zurückkehren wollten. Sie wurden nach Luanda gebracht, von wo sie mit Hilfe des IKRK an ihren Herkunftsort zurückkehrten. Die übrigen wurden an Ort und Stelle freigelassen und erhielten vom IKRK eine Wiedereingliederungshilfe.

¹⁰ Nationale Union für die vollständige Unabhängigkeit Angolas

Die Institution spielte eine aktive Rolle in einer zweiten Phase des Freilassungsprozesses. So forschte sie nach Menschen, die sich angeblich in der Hand der einen oder anderen Partei befanden und bei den ersten Freilassungen nicht an ihren Herkunftsort zurückgekehrt waren. Das IKRK diente sowohl den Vertretern der Regierung als auch der UNITA als Vermittler in dieser Angelegenheit. Ende des Jahres waren jedoch die meisten dieser Fälle immer noch ungeklärt.

Im August besuchten IKRK-Delegierte sechs Sicherheitshäftlinge, die von der Regierung in der Provinz Cabinda festgehalten wurden. Sie gehörten der Oppositionsgruppe FLEC¹¹ an, die kurz zuvor eine Reihe von bewaffneten Angriffen durchgeführt hatte. Damit erhielt die Institution erstmals Zugang zu dieser Kategorie von Häftlingen.

Nach Ausbruch der Kämpfe in Luanda im Oktober erhielten IKRK-Delegierte Zugang zu Personen, die von den angolanschen Behörden im Zusammenhang mit den neuen Gewalttätigkeiten festgenommen worden waren. Ende des Jahres hatte die Institution rund 900 UNITA-Mitglieder und Sympathisanten gesehen. Unter diesen wurden 340 als Gefangene an zwei Gewahrsamsorten registriert, die der ehemaligen Militärpolizei unterstanden. 12 weitere befanden sich im Militärkrankenhaus. Die Institution lieferte Nahrungsmittel, leistete medizinische Hilfe und bot ihren Suchdienst sowie den Austausch von Familienbotschaften an. Innerhalb von 12 Monaten wurden rund 1 200 Botschaften übermittelt.

Hilfstätigkeiten zugunsten der Zivilbevölkerung

Das IKRK hatte 1980 mit Nothilfeaktionen zugunsten der Opfer des 16 Jahre währenden Konflikts in Angola begonnen.

¹¹ Befreiungsfront der Enklave Cabinda

Insgesamt hatte es bis Ende des Berichtsjahres bereits 69 000 Tonnen Hilfsgüter verteilt.

Im Dezember 1991 leitete die Institution die letzte Verteilungsaktion auf dem Planalto ein, um 660 000 Zivilisten die Übergangszeit zwischen zwei Ernten überbrücken zu helfen. Ausserdem erhielten sie Saatgut und Ackergerät, um sich wieder selbst versorgen zu können. Diese Nothilfeaktion, die auch die Verteilung von Decken und Kleidung mit einschloss, erstreckte sich bis zum Februar 1992. In der Zwischenzeit wurden spezifische medizinische und Ernährungsprogramme sowie logistische Hilfsmittel schrittweise anderen Hilfsorganisationen übergeben. Das IKRK unterstützte die Vereinten Nationen zu Beginn ihres Hilfsprogramms auf logistischer Ebene.

Ende März hatte das IKRK seine Präsenz im Land schon erheblich verringert. Zwar blieben sechs Büros mit einheimischen Mitarbeitern geöffnet, doch waren nur noch in Luanda und Huambo entsandte Kräfte anwesend.

Medizinische Hilfe

Obschon das IKRK infolge der Beendigung des Konflikts zahlreiche medizinische Tätigkeiten anderen Organisationen übergeben konnte, bedeutete dies nicht, dass die Arbeit der Institution auf dem Gebiet der Orthopädie abgeschlossen war. Angesichts der zahlreichen Kriegsinvaliden erhielten die beiden Zentren in Kuito und Huambo weiterhin Unterstützung. Zusätzlich wurden drei örtliche Reparaturwerkstätten in Luena, Menongue und Lubango eröffnet, um den Amputierten lange und beschwerliche Reisen zu ersparen, wenn sie ihre Prothesen reparieren mussten.

Aufgrund der Ergebnisse einer Ermittlungsmission im Südosten des Landes lieferte das IKRK den beiden orthopädischen Werkstätten der UNITA in Biongue und Kavaleka Werkzeug und Rohstoffe zur Prothesenherstellung. Vier einheimische

Techniker hatten zudem Gelegenheit, im Orthopädiezentrum Bomba Alta (Huambo) einen Fortbildungslehrgang zu absolvieren.

Während des Berichtsjahres wurden 382 Behinderte mit Prothesen ausgestattet. Zudem wurden 812 künstliche Gliedmassen und 4 031 Paar Krücken hergestellt.

Als in Luanda schwere Kämpfe ausbrachen, strömten zahlreiche Patienten in das Krankenhaus der Hauptstadt. Um den Bedürfnissen zu begegnen, verteilte das IKRK ärztlichen Bedarf und Nahrungsmittel für Patienten und das medizinische Personal. Später erhielten die Krankenhäuser in Huambo, Lobito, Benguela und anderen Provinzstädten eine ähnliche Hilfe.

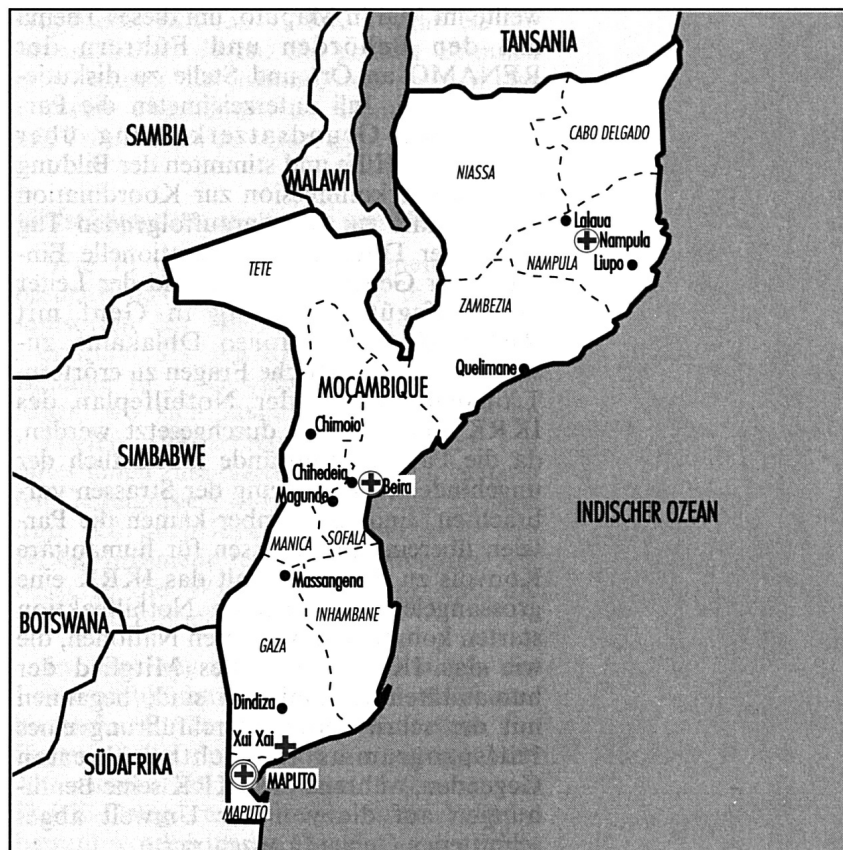
Verbreitungstätigkeiten

Anfang des Jahres organisierte das IKRK eine Reihe von Verbreitungsveranstaltungen für höhere Offiziere, die kurze Zeit vorher in die angolansische Armee aufgenommen worden waren.

MOÇAMBIQUE

Als Friedensgespräche zwischen der Regierung Moçambiques und der Oppositionsgruppe der RENAMO¹² auf eine baldige Beendigung des 16 Jahre währenden Bürgerkrieges hoffen liessen, litt das Land unter den Folgen der schweren Dürre, die das südliche Afrika 1992 heimsuchte. Dank der Unterzeichnung des Friedensabkommens Anfang Oktober konnte der von der weitverbreiteten Notlage betroffenen Bevölkerung jedoch leichter geholfen werden.

Während der ersten Monate des Jahres und trotz wiederholter Garantien sowohl seitens der Regierung Moçambiques als auch der RENAMO waren zahlreiche Gebiete nicht oder nur in unregelmässigen



Abständen zu erreichen. Am 12. März überreichte das IKRK der Regierung und der RENAMO ein Memorandum, in dem es beiden Parteien ihre Verpflichtungen gegenüber der Zivilbevölkerung in Erinnerung rief. Im Mai kam es zu einem grösseren Durchbruch, als zum ersten Mal ein IKRK-Strassenkonvoi die Gefechtslinien überqueren konnte, um Nothilfegüter in Dörfer der Provinz Sofala zu bringen, die aufgrund der Kämpfe von der Umwelt abgeschnitten waren und jetzt stark unter der Dürre litten.

Um mit der Regierung und der RENAMO humanitäre Belange zu erörtern, begaben sich IKRK-Vertreter mehrere Male nach Rom, wo die Friedensgespräche abgehalten wurden. Der Generaldelegierte

¹² Nationale Befreiungsbewegung Moçambiques

weilte im Mai in Maputo, um dieses Thema mit den Behörden und Führern der RENAMO an Ort und Stelle zu diskutieren. Am 16. Juli unterzeichneten die Parteien eine Grundsatzerklärung über humanitäre Hilfe und stimmten der Bildung einer Sonderkommission zur Koordination der Nothilfe zu. Am darauffolgenden Tag trafen der Direktor für operationelle Einsätze, der Generaldelegierte und der Leiter der Hilfsgüterabteilung in Genf mit RENAMO-Chef Alfonso Dhlakama zusammen, um praktische Fragen zu erörtern. Trotzdem konnte der Nothilfeplan des IKRK nur teilweise durchgesetzt werden, da die Parteien Einwände hinsichtlich der ungehinderten Benutzung der Strassen vorbrachten. Ende September kamen die Parteien überein, alle Strassen für humanitäre Konvois zu öffnen, womit das IKRK eine grossangelegte landesweite Nothilfeaktion starten konnte. Die Vereinten Nationen, die wie das IKRK ein volles Mitglied der humanitären Kommission sind, begannen mit der schrittweisen Durchführung eines Hilfsprogramms in dichtbevölkerten Gegenden, während das IKRK seine Bemühungen auf die von der Umwelt abgeschnittenen Gebiete konzentrierte.

Im Einklang mit den Bestimmungen des Friedensabkommens berief die Italienische Regierung in Rom am 15. und 16. Dezember eine Konferenz für Geberstaaten und -organisationen ein. Der Vertreter des IKRK, das als Beobachter eingeladen worden war, rief die internationale Gemeinschaft in seiner Rede auf, den Friedensprozess durch koordinierte Bemühungen zu unterstützen, und unterstrich, dass Hilfe in allen Gegenden des Landes zur Herbeiführung von Frieden und Stabilität unabdinglich sei.

Hilfstätigkeiten zugunsten der Zivilbevölkerung

Die Lage der Zivilbevölkerung, die unter dem Konflikt und der schweren Dürre litt,

stellte eine grosse Besorgnis für das IKRK dar, bis die Parteien schliesslich ihr Einverständnis gaben, der humanitären Hilfe in allen Regionen ab Ende September freien Durchgang zu gewähren. Vor diesem Zeitpunkt unterstützten IKRK-Delegierte vom Hungertod bedrohte Zivilisten in Gebieten wie Magunde, Dindiza, Chihedeia und Liupo. Allerdings konnten diese Tätigkeiten nicht regelmässig durchgeführt werden.

Angesichts alarmierender Berichte über Ernährungsprobleme, die auf die Folgen des Konflikts, aber auch auf die Dürre zurückgingen, führte ein IKRK-Team, dem ein Ernährungsspezialist, ein Agronom und ein Nothilfeexperte angehörten, im Juni eine Ermittlungsmission in Moçambique durch. Sechs Zonen waren besonders betroffen und auf Soforthilfe angewiesen. Leider war die Durchführung der Nothilfeaktion mit zahlreichen Rückschlägen verbunden, die auf militärische Operationen und sonstige Probleme zurückgingen. Im September sah sich die Institution gezwungen, Nothilfegüter für rund 15 000 hungrige Menschen in Magunde (Sofala) auf dem Luftwege herbeizuschaffen.

Als die Parteien bereit waren, die humanitären Organisationen landesweit arbeiten zu lassen, startete das IKRK eine grossangelegte Nothilfeaktion. Die Institution schaffte für etwa 350 000 Menschen Hilfsgüter herbei, darunter Nahrungsmittel, Saatgut und Ackergerät. Die Strassen wurden schrittweise wieder geöffnet und zahlreiche Gebiete konnten erneut mit Lastwagen erreicht werden. Da jedoch die Entminungsarbeiten noch nicht begonnen hatten, blieben gewisse Gebiete unzugänglich, und Personal und Fahrzeugen drohten weiterhin grosse Gefahren. Auch kam es trotz der offiziellen Beendigung des Konflikts zu sporadischen Zwischenfällen.

Insgesamt verteilte das IKRK im Jahre 1992 rund 7 000 Tonnen Hilfsgüter (1 200 im Jahre 1991).

Medizinische Hilfe

Das IKRK setzte im Jahre 1992 seine medizinischen Hilfsprogramme in den von der Regierung kontrollierten Gebieten fort. Ab März war ein zusätzliches medizinisches Team damit beauftragt, für die Instandsetzung örtlicher medizinischer Einrichtungen, die während des Konflikts zerstört worden waren, und die Ausbildung einheimischen Personals zu sorgen. Zwischen März und Juni war das Team in Massangena (Provinz Gaza), später in Lalaua (Provinz Nampula) tätig.

In den von der RENAMO kontrollierten Gebieten hatte sich das 1991 vom IKRK begonnene Programm zur Einrichtung medizinischer Basisstrukturen als erfolgreich erwiesen. Ferner wurde einheimisches Personal ausgebildet und ein Netz von Zentren aufgebaut, an die sich die 50 örtlichen medizinischen Einrichtungen, die unter Aufsicht des IKRK standen, wenden konnten. Ab Mai wurden in der Provinz Sofala rund 7 000 Kinder unter fünf Jahren und Frauen im gebärfähigen Alter geimpft. Diese Programme sollen 1993 auf andere Provinzen ausgedehnt werden.

Im November begab sich ein IKRK-Koordinator für orthopädische Tätigkeiten nach Moçambique, um die Arbeit der vier orthopädischen Werkstätten (Beira, Maputo, Quelimane und Nampula) zu beurteilen. Das Resultat erwies sich als zufriedenstellend, waren doch bis Ende des Jahres 1 027 Prothesen angefertigt und 436 Patienten künstliche Gliedmassen angepasst worden. Zwanzig angehende mozambikanische Orthopädietechniker, die vom IKRK ausgebildet werden, sollten bis Anfang 1993 voll qualifiziert sein.

Ausserdem unterstützte das IKRK das Gesundheitsministerium und weitere Regierungsstellen bei der Instandsetzung von Brunnen, dem Bau von Latrinen und der Durchführung von Kampagnen, um die breite Öffentlichkeit für Gesundheitsvorsorge zu sensibilisieren. In abgelegenen

Gegenden führten IKRK-Teams Sanierungsarbeiten durch. Sie gruben Brunnen oder setzten sie instand, um so von der Umwelt abgeschnittene Gemeinschaften mit Trinkwasser zu versorgen.

Hilfstätigkeiten zugunsten von Häftlingen

Wie in den vorangegangenen Jahren besuchte das IKRK Menschen in Gewahrsamsorten des Justiz- und des Innenministeriums. Es wurden 53 umfassende Besuche an 27 Gewahrsamsorten durchgeführt, wo sich insgesamt 362 Häftlinge befanden. 1992 sahen die Delegierten 154 unter ihnen zum ersten Mal. In den besuchten Gefängnissen wurden Kleidung, Decken und Körperpflegeartikel verteilt. Ein IKRK-Ingenieur für sanitäre Belange verbesserte die Wasserversorgung und die sanitären Einrichtungen.

Im Einklang mit den Bestimmungen des Friedensabkommens erliess das mozambikanische Parlament eine Amnestie für Sicherheitshäftlinge. Ende des Jahres hatten 400 dieser Häftlinge unter Aufsicht von IKRK-Delegierten, die mit dieser Aufgabe betraut worden waren, ihre Freiheit wiedererlangt. Das IKRK sorgte für den Transport der Freigelassenen an ihren Herkunftsort und versorgte sie mit grundlegenden Hilfsgütern. Am 31. Dezember führte das IKRK mit dem Staatsanwalt Gespräche über die Gefangenen, die nicht in den Genuss dieser Amnestie gekommen waren.

Nach einem Gespräch am 30. Januar mit dem Verteidigungsminister, Oberstleutnant Alberto Chipando, erhielten die IKRK-Delegierten Einsicht in die Listen von Gefangenen, die sich in Lagern der mozambikanischen Gegenspionagedienste in provisorischer Haft befanden. Ab Februar begann das IKRK mit Besuchen der Provinzkasernen, wo solche Personen festgehalten wurden, um die Namenlisten zu Schutzzwecken einzusehen. Das IKRK er-

hielt keine Informationen über Gefangene in der Hand der RENAMO.

Suchdienst

Das 1991 aufgebaute Suchdienstnetz (Personensuche und Austausch von Familiennachrichten) übermittelte im Berichtsjahr 16 183 Botschaften.

Ab Mai nahmen Vertreter der RENAMO bei Treffen mit Delegierten Namenlisten entgegen und lieferten Antworten auf Suchanträge. Gegen Ende des Jahres befassten sich die Delegierten mit der schwierigen Aufgabe, die Eltern ausfindig zu machen, die im Verlauf des Konflikts von ihren Kindern getrennt worden waren. Die RENAMO teilte dem IKRK die Namen von mehreren hundert Kindern mit, die sich in abgelegenen Gebieten aufhielten. Bis Ende des Jahres waren mehr als 150 Jugendliche mit ihren Familien zusammengeführt worden.

IKRK-Delegierte unternahmen mehrere Missionen im Grenzgebiet zu Simbabwe, um die Mozambikaner, denen Simbabwe aus Staatssicherheitsgründen das Asyl verweigert hatte, zu registrieren und Gespräche mit ihnen zu führen (siehe auch unter *Simbabwe*). Auf diese Weise konnten sich die in Moçambique stationierten Delegierten ein Bild über die Lage der Flüchtlinge machen.

Zusammenarbeit mit der Nationalen Gesellschaft

In enger Zusammenarbeit mit dem IKRK führte das Mozambikanische Rote Kreuz Nothilfe- und Suchdiensttätigkeiten zugunsten der vom Konflikt in Mitleidenschaft gezogenen Zivilbevölkerung durch, die in Gebieten unter Regierungskontrolle lebte. Ausserdem setzte die Nationale Gesellschaft mit Unterstützung des IKRK ihre Programme für besonders verletzte Bevölkerungsgruppen (Sozialfälle usw.) fort.

NAMIBIA

Der Schwerpunkt der IKRK-Tätigkeiten in Namibia lag im Jahre 1992 fast ausschliesslich auf der Vermisstensuche. Die Delegation wurde Ende Juni geschlossen, wobei ein der Regionaldelegation in Harare unterstehendes Suchdienstbüro in Windhoek beibehalten wurde.

Im November 1990 hatte die namibische Nationalversammlung einen Antrag angenommen, in dem sie das IKRK um Hilfe bei der Suche nach Menschen bat, die während des Unabhängigkeitskampfes des Landes als vermisst gemeldet worden waren.

Im Juni 1991 wurde das vom IKRK vorgeschlagene Vorgehen gutgeheissen und die namibische Regierung bemühte sich, die Zusammenarbeit mit den Regierungen Angolas, Botswanas, Südafrikas und Sambias sicherzustellen. Im Dezember 1991 übermittelte das IKRK die ersten hundert Fälle dem Verbindungsoffizier der SWAPO¹³. Im Januar 1992 legte das IKRK seinen ersten vierteljährlichen Bericht über den Fortschritt bei der Suche nach Vermissten vor.

Im April erliess das IKRK einen öffentlichen Appell, in dem es alle Familien, die vermisste Angehörige suchten, aufforderte, Kontakt mit der Delegation aufzunehmen. Innerhalb von drei Monaten gingen beim IKRK 1 730 Suchanträge aus der Hauptstadt Windhoek und anderen Orten ein. Am 27. November begab sich der Regionaldelegierte nach Namibia, um Premierminister Hage Geingob Bericht zu erstatten und die Behörden davon zu unterrichten, dass das IKRK seine Aufgabe als Vermittler zwischen den Familien, die Angehörige vermissten, und den betroffenen Parteien als abgeschlossen betrachtete, denn wer immer es wünschte, hatte bis zu diesem Zeitpunkt Gelegenheit gehabt, einen Suchantrag zu stellen.

¹³ South West African People's Organization

Insgesamt gingen beim IKRK 2 184 Suchanträge ein. Alle mit Ausnahme von 34 Fällen betrafen die SWAPO, der Rest die ehemalige südafrikanische Verwaltung in Namibia. Seitens der SWAPO gingen bis zum Jahresende 306 Antworten ein, die den Familien übermittelt wurden. Man kam überein, dass die betroffenen Parteien ab 1993 alle Informationen direkt den Antragstellern übermitteln würden. Das IKRK beabsichtigte, dem namibischen Premierminister Ende April 1993 einen Schlussbericht über die gesamte Aktion vorzulegen.

SÜDAFRIKA

Während die südafrikanische Regierung den Prozess der politischen Reformen fortsetzte und die Apartheid offiziell abgeschafft wurde, war weiterhin viel Gewalttätigkeit in den *Townships* zu verzeichnen. Es bestanden grosse Spannungen unter Anhängern verschiedener politischer Bewegungen — insbesondere dem ANC¹⁴ und der Inkhata —, aber auch zwischen Sicherheitskräften und Sympathisanten anderer politischer Parteien und unter den verschiedenen Gemeinschaften.

Trotz der Bildung regionaler und lokaler Komitees zur Beilegung von Streitigkeiten forderte die politisch motivierte Gewalttätigkeit viele Opfer. Der Höhepunkt wurde im Juni und September erreicht, als allein in Boipatong und Bisho rund 70 Menschen ihr Leben verloren. Im ersten Halbjahr fielen über 1 800 Menschen zwischengemeinschaftlicher Gewalttätigkeit und ihrer Repression zum Opfer, darunter 90% in Natal und in der Reefgegend. Das IKRK leistete der unter den Unruhen leidenden Bevölkerung Schutz und Hilfe.

Im Hinblick auf die Menschen, die aus Staatssicherheitsgründen und im Zusammenhang mit den Unruhen festgenommen

worden waren, wurde ein wichtiger Fortschritt erzielt, als die südafrikanische Regierung dem IKRK Zugang zu den verurteilten Gefangenen und den Personen in Vernehmungshaft erteilte. Das Übereinkommen wurde am 8. Juli vom Ministerium für Strafvollzug und dem IKRK unterzeichnet. Am 2. Oktober erteilten das Ministerium für Gesetz und Ordnung sowie die südafrikanische Polizei dem IKRK die Erlaubnis, Polizeiwachen unangemeldet zu besuchen.

Das IKRK setzte seine Verhandlungen mit dem ANC fort, um Zugang zu den von der Bewegung festgehaltenen Personen zu erhalten. Zwar erklärte der ANC am 10. Juni, das IKRK sei willkommen, Lager unter seiner Kontrolle ausserhalb Südafrikas zu besuchen, doch kam es nicht zu diesen Besuchen, da die Bewegung später erklärte, dass alle Gefangene freigelassen worden seien.

Tätigkeiten zugunsten von Häftlingen

Am 17. Februar begab sich der Stellvertretende Direktor für operationelle Einsätze nach Pretoria, wo er vom Minister für Gesetz und Ordnung, Hernus Kriel, empfangen wurde. Letzterer gab ihm den Beschluss der südafrikanischen Behörden bekannt, dem IKRK uneingeschränkten Zugang zu Sicherheitshäftlingen und Personen zu gewähren, die im Zusammenhang mit den Unruhen festgenommen worden waren, unter ihnen auch die aufgrund von Abschnitt 29 des *Internal Security Act* auf Polizeiwachen im ganzen Land festgehaltenen Menschen.

Die Besuche der Polizeiwachen begannen schliesslich am 22. Oktober. Ende des Jahres hatte das IKRK 51 in verschiedenen Teilen des Landes gelegene Wachen — zum Teil auch mehrmals — besucht. Im November und Dezember erörterten die Delegierten mit den Gefängnisbehörden die ersten Feststellungen des IKRK.

Schon vorher hatte das IKRK in Anwendung des am 8. Juli mit dem Ministe-

¹⁴ Afrikanischer Nationalkongress

rium für Strafvollzug unterzeichnete Übereinkommen mit dem Besuch der südafrikanischen Gefängnisse begonnen. Nach drei Besuchen in Port Elizabeth beschloss das IKRK, das Programm auf Anfang 1993 zu verschieben, da die Behörden die Freilassung von Sicherheitsgefangenen und im Zusammenhang mit Unruhen festgenommenen Gefangenen verfügt hatten. Am 28. September wurden 148 und im November 42 Gefangene freigelassen.

Aufgrund der von den Behörden im Jahre 1991 erteilten Erlaubnis besuchten die IKRK-Delegierten weiterhin Polizeiwachen und Gefängnisse im Bophuthatswana und im Kwazulu und berichteten regelmässig über ihre Feststellungen.

Am 24. Februar erteilte das Polizeiministerium der Transkei der Institution die Erlaubnis, Sicherheitshäftlinge zu besuchen. Diese Besuche konnten aber erst am 3. Juli beginnen. Die Behörden in der Ciskei erteilten am 18. März eine ähnliche Genehmigung. Insgesamt führte das IKRK 175 Besuche auf 77 Polizeiwachen und in 8 Gefängnissen in den *Homelands* durch.

Hilfstätigkeiten für die Zivilbevölkerung und Flüchtlinge

Das IKRK unterstützte auch im Jahre 1992 die Opfer von Gewalt (Vertriebene, Familien, deren Ernährer getötet oder gefangenengenommen wurde, Obdachlose usw.). Die hauptsächlich für Menschen in Natal und in der Reefgegend bestimmten Hilfstätigkeiten wurden gemeinsam mit dem Südafrikanischen Roten Kreuz durchgeführt. Nur in Gegenden, in denen die Nationale Gesellschaft nicht einsatzfähig war, führte das IKRK die Hilfsaktionen alleine durch. Im Rahmen dieser Programme wurden Familienpakete, Decken und sonstige lebensnotwendige Güter an rund 38 000 Menschen verteilt. Ausserdem erhielten Familien, die Opfer zu beklagen hatten, einen finanziellen Beitrag zur Bestattung der Bestattungskosten. Das Südafrikanische Rote Kreuz und das IKRK

organisierten ausserdem Erste-Hilfe-Kurse in den *Townships*.

Überdies verteilte das IKRK Transportgutscheine, um Familien den Besuch ihrer gefangengehaltenen Angehörigen zu ermöglichen. Freigelassene Gefangene erhielten einen finanziellen Beitrag als Wiedereingliederungshilfe.

Als am 17. Juni in der *Township* Boipatong 49 Menschen getötet und Dutzende verwundet wurden, brachten das IKRK und das örtliche Rote Kreuz den Opfern umgehend Hilfe. Die Hilfsaktionen wurden im September im Anschluss an die blutigen Zwischenfälle in Bisho, wo Nothilfe-Teams des Roten Kreuzes den Verwundeten beistanden, auf die Regionen Eastern Cape/Border/Ciskei ausgedehnt. Aus Anlass der Bestattung der Opfer hatte das Rotkreuz-Personal Erste-Hilfe-Posten organisiert, in denen rund 700 Menschen mit leichten Verletzungen behandelt wurden. Dies war Teil der vom IKRK und der Nationalen Gesellschaft verfolgten Politik, die Präsenz der Erste-Hilfe-Posten des Roten Kreuzes bei Anlässen zu verstärken, bei denen Gewaltausbrüche zu befürchten waren.

Der ANC stellte dem IKRK eine grosse Summe für seine Tätigkeiten zugunsten der Opfer zur Verfügung, während die Nationale Gesellschaft mehrere Millionen Rand von der südafrikanischen Regierung für ihre Hilfsaktionen zugunsten der von der Gewalttätigkeit und der Dürre heimgesuchten Gemeinschaften erhielt.

Das IKRK unterstützte weiterhin die Flüchtlinge aus Moçambique, die ihr Land aufgrund des dort herrschenden Konflikts verlassen hatten und über die *Homelands* Gazankulu und Kangwane nach Südafrika gelangt waren. Sie erhielten während der ersten drei Monate ihres Aufenthalts Gebrauchsgüter (Decken, Seife und Küchenutensilien). Nach Unterzeichnung des Friedensabkommens in Moçambique nahm die Zahl der Flüchtlinge im Oktober und November merklich ab. Vor diesem Zeit-

punkt strömten monatlich rund 2 200 Flüchtlinge über die Grenze.

Insgesamt verteilte das IKRK an süd-afrikanische Konfliktopfer und mozambikanische Flüchtlinge 373 Tonnen Nahrungsmittel und Gebrauchsgüter.

Suchdienst

Der Suchdienst des IKRK in Südafrika bemühte sich insbesondere um die Wiederherstellung von Kontakten zwischen mozambikanischen Flüchtlingen und ihren in Moçambique verbliebenen Angehörigen. 1992 wurden 1 286 Botschaften übermittelt.

Zusammenarbeit mit der Nationalen Gesellschaft

Abgesehen von der Unterstützung der Hilfsaktionen des Südafrikanischen Roten Kreuzes zugunsten der Konfliktopfer beteiligten sich das IKRK und die Föderation weiterhin aktiv an der Neuorganisation der Nationalen Gesellschaft. Diese Bemühungen führten am 28. September zur Annahme einer neuen Verfassung und der Wahl eines neuen nationalen Exekutivkomitees, womit der Weg zu grundlegenden Reformen, bei deren Verwirklichung das IKRK helfen wird, geebnet war.

Verbreitungstätigkeiten

Mit dem Ziel, Toleranz und friedvolle Beziehungen zwischen den verschiedenen Gemeinschaften zu fördern, wurde gemeinsam mit dem Südafrikanischen Roten Kreuz ein Comic-Strip über die humanitären Grundsätze und die Rotkreuztätigkeiten in Afrikaans, Englisch, Xhosa, Zulu und Sotho produziert und in 100 000 Exemplaren gedruckt.

HARARE Regionaldelegation

(Botswana, Lesotho, Malawi, Namibia [ab 1. Juli], Swasiland, Sambia, Simbabwe)

Abgesehen von Gefängnisbesuchen in Malawi widmete sich die Regionaldelegation 1992 insbesondere der Betreuung der mozambikanischen Flüchtlinge, die in Simbabwe, Sambia, Malawi und Swasiland Zuflucht gesucht hatten. Die Nachforschungen nach Vermissten und der Austausch von Familiennachrichten nahmen einen grossen Teil der Arbeitszeit der IKRK-Delegierten und der Nationalen Gesellschaften in den betreffenden Ländern in Anspruch. Allein in Malawi musste über einer Million Flüchtlingen die Möglichkeit gegeben werden, den Verbleib vermisster Angehöriger zu ermitteln und mit den Angehörigen in Kontakt zu bleiben, deren Aufenthaltsort bekannt war. Alles in allem wurden rund 17 000 Botschaften, die Flüchtlinge aus Moçambique betrafen, in den von der Regionaldelegation betreuten Ländern übermittelt. Die Gehälter der Suchdienstangestellten der Nationalen Gesellschaften, die für dieses Programm arbeiteten, wurden vom IKRK bestritten.

Im Anschluss an die Unterzeichnung des Friedensabkommens zwischen der mozambikanischen Regierung und der RENAMO nahm der Flüchtlingsstrom merklich ab. In einigen Gegenden trafen mit der Zeit gar keine Flüchtlinge mehr ein.

Als die Delegation in Windhoek am 1. Juli geschlossen wurde, übernahm die Regionaldelegation in Harare die Verantwortung für die Tätigkeiten des IKRK in Namibia (siehe auch unter *Namibia*).

Im Laufe des Jahres begab sich der auf die Vorbereitung auf Notstandssituationen spezialisierte IKRK-Delegierte nach Lesotho, Botswana und Sambia. Zweck dieses Besuchs war es, die Nationalen Gesellschaften bei der Verbesserung ihrer Einsatzfähigkeit im Katastrophenfall zu unterstützen.

Die Regionaldelegation organisierte eine Reihe von Verbreitungsveranstaltungen in Militärakademien und Ausbildungszentren in Simbabwe, Swasiland, Malawi, Sambia und Botswana. Die Delegierten nahmen auch an einem Seminar über humanitäres Völkerrecht, Menschenrechte und den Frieden teil, das für hohe Regierungsvertreter und Mitglieder der Streitkräfte in Lesotho abgehalten wurden. Die Veranstaltung wurde vom König von Lesotho eröffnet und vom Roten Kreuz des Landes präsiert.

Das Henry-Dunant-Institut organisierte einen internationalen Workshop für leitende Angestellte der Gefängnisverwaltungen in Harare.

MALAWI

Im Mai kam es in Malawi zu einem wichtigen Durchbruch, als die Regierung und das IKRK ein Übereinkommen erzielten, das den Delegierten erstmals seit 1969 wieder erlaubte, die Gefängnisse im Land zu besuchen. Am 3. August nahm ein IKRK-Team die Arbeit auf und registrierte bis Ende des Jahres 315 Gefangene, die aus Staatssicherheitsgründen oder im Zusammenhang mit Unruhen festgenommen worden waren. Ende September führten IKRK-Delegierte erste Gespräche mit den Behörden Malawis über die Haftbedingungen, die sie bei ihren Gefängnisbesuchen festgestellt hatten. 18 der 27 Gefängnisse des Landes waren bis Ende des Jahres — z.T. mehrmals — besucht worden.

Gegen Ende des Jahres entfaltete das IKRK ein Hilfsprogramm in den Gefängnissen (Verteilung von Körperpflegeartikeln, Decken, Freizeitmaterial, Erste-Hilfe-Taschen usw.) und sah vor, einen Sachverständigen für sanitäre Angelegenheiten zu entsenden, um die Bedürfnisse festzustellen und Wege für die Verbesserung der Lage zu finden.

SAMBIA

Im Juli stieg die Zahl der Mozambikaner, die aufgrund der Kämpfe in ihrem Land nach Sambia flüchteten. In den folgenden Monaten nahm der Zustrom jedoch wieder ab. Sambia gewährte auch angolanischen Flüchtlingen Asyl, die sich, wie die Mozambikaner, eher in Dörfern und Städten als in Lagern ansiedelten. Das IKRK und die Nationale Gesellschaft unterstützten die Flüchtlinge und stellten ihnen den Suchdienst zur Verfügung.

Überdies leisteten das Sambische Rote Kreuz und das IKRK den Sambiern Hilfe, die aus abgelegenen Gegenden in Moçambique flüchteten, um sich wieder in ihrem Land niederzulassen.

Der Regionaldelegierte begab sich im März nach Lusaka und führte Gespräche mit dem Aussen-, dem Justiz- und dem Innenminister. Unter anderem wurde der Beitritt zu den Zusatzprotokollen erörtert.

SIMBABWE

Aufgrund einer im Februar 1991 von der Regierung Simbawwes eingegangenen Anfrage unterstützten das IKRK und das Simbawwische Rote Kreuz weiterhin die mozambikanischen Flüchtlinge, die im Grenzgebiet eintrafen. Sie registrierten sie und versorgten sie mit Nahrungsmitteln. Bis Ende des Jahres waren rund 130 000 mozambikanische Flüchtlinge in Simbabwe eingetroffen. 1992 errichtete das IKRK in den Übergangszentren in den Grenzgebieten Krankenhauszelte und baute Latrinen. Wie schon in vorangegangenen Jahren sorgten die Delegierten dafür, dass die Flüchtlinge, die sich in den Grenzgebieten auf Polizeiwachen und in Militärlagern aufhielten, in vom Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) geleitete Siedlungen verlegt wurden, wo die Nationale Gesellschaft gemeinsam mit dem IKRK fünf Suchdienstbüros eingerichtet hatte.

Das IKRK hatte ausserdem die Möglichkeit, Gespräche mit Asylbewerbern zu führen, die aus Staatsicherheitsgründen nach Moçambique zurückgeschickt wurden. Die Delegation in Maputo wurde über solche Fälle informiert und bemühte sich, den Kontakt mit diesen Menschen aufrechtzuerhalten.

*
* *

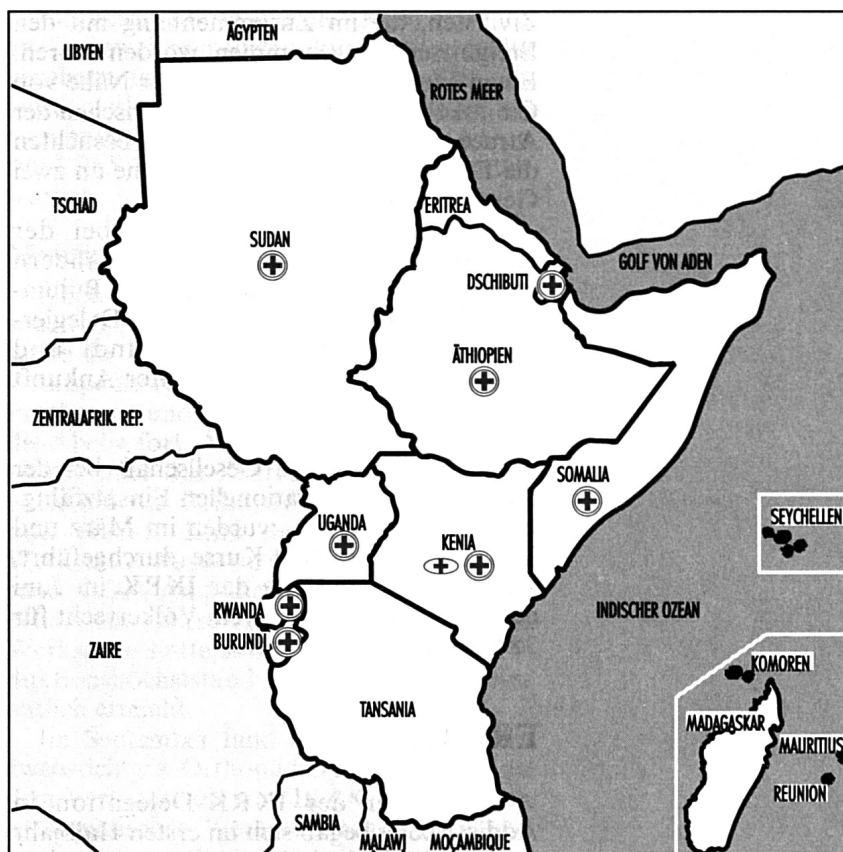
BURUNDI

Im März wurde eine neue Verfassung angenommen, mit der das Mehrparteiensystem eingeführt wurde. Allerdings bedeutete dies noch kein Ende der politischen Spannungen im Land.

Die Tätigkeiten des IKRK in Burundi wurden von einem kleinen, in Bujumbura stationierten Team wahrgenommen, das gelegentlich von Delegationen aus Nachbarländern oder vom Hauptsitz Unterstützung erhielt. Haupttätigkeiten waren Besuche von Sicherheitshäftlingen und die Stärkung der Einsatzbereitschaft der Nationalen Gesellschaft in Notsituationen.

Am 17. Januar und im Monat darauf empfing Premierminister Adrien Sibomana Vertreter des IKRK. Zu den behandelten Fragen gehörte insbesondere die Ratifikation der Zusatzprotokolle. Ende des Jahres war der Ratifikationsprozess bereits im Gange. Diese Frage war auch Gegenstand der Gespräche mit dem Aussenminister, während mit den Ministern für Justiz, Gesundheitswesen und Inneres Tätigkeiten zugunsten von festgehaltenen Personen erörtert wurden.

Der Besuch von Gewahrsamsorten, die dem Justizministerium, der Brigade für besondere Ermittlungen und den Polizeikräften unterstanden, wurden fortgesetzt. Im Januar erhielten die IKRK-Delegierten zum ersten Mal Zugang zu den Staats-



⊕ IKRK-Regionaldelegation ⊕ IKRK-Delegation / Unterdelegation

sicherheitsgefängnissen. Im Mai, Juli und November fanden drei umfassende Besuche in allen Gewahrsamsorten statt, und die Behörden wurden über die Feststellungen des IKRK, insbesondere die Haftbedingungen der Gefangenen, informiert. Insgesamt besuchten die Delegierten 1 075 Sicherheitsgefängnisse. Die Institution sorgte für die Verbesserung der Wasserversorgung und der sanitären Einrichtungen an verschiedenen Gewahrsamsorten. Ausserdem wurden im Gefängnis Rumonge zwei Brunnen gegraben.

Im Anschluss an den missglückten Staatsstreich vom 3. März besuchte das IKRK 166 Mitglieder der Streitkräfte und 4

Zivilisten, die im Zusammenhang mit den Ereignissen festgenommen worden waren. Einen Monat später, als es in der Nähe von Cibitoke zu Zusammenstößen zwischen der Armee und Oppositionellen kam, besuchten die Delegierten rund 30 Gefangene an zwei Gewahrsamsorten.

Im Januar war das IKRK bei der Repatriierung von rund 230 Rwandern beteiligt, die in ihrer Botschaft in Bujumbura Zuflucht gesucht hatten. Die Delegierten registrierten sie in Burundi und überprüften ihre Namen bei ihrer Ankunft in Rwanda.

Um die Nationale Gesellschaft bei der Stärkung ihrer operationellen Einsatzfähigkeit zu unterstützen, wurden im März und Juni zwei Erste-Hilfe-Kurse durchgeführt. Zusätzlich organisierte das IKRK im Juni einen Kurs in humanitärem Völkerrecht für 35 höhere Militäroffiziere.

ERITREA

Der Leiter der IKRK-Delegation in Addis-Abeba begab sich im ersten Halbjahr mehrere Male nach Asmara, wo er Gespräche mit den Behörden führte.

Ab Juli wurde ein Delegierter in Asmara stationiert, um einen regelmässigen Dialog mit der provisorischen Regierung Eritreas aufrechtzuerhalten und somit sicherzustellen, dass das IKRK seine traditionellen Tätigkeiten wie die Unterstützung der Nationalen Gesellschaft und den Besuch der Gewahrsamsorte im Einklang mit seinem Mandat ausüben konnte. Im November musste das IKRK seine Delegierten aus operationellen Gründen abziehen, doch wurde der Kontakt mit den Vertretern der Behörden Eritreas in Addis-Abeba aufrechterhalten.

Während des ganzen Jahres unterstützte das IKRK das Rote Kreuz in Eritrea, indem es ihm Erste-Hilfe-Material zur Verfügung stellte und ihm beim Aufbau seines

Ambulanzdienstes behilflich war. Überdies arbeiteten zwei entsandte Techniker des IKRK im Orthopädiezentrum in Asmara, das zudem materielle Hilfe erhielt. Ende Juli wurde mit dem Sekretär für soziale Belange der Übergangsregierung ein Übereinkommen unterzeichnet, das die Herstellung künstlicher Gliedmassen in der Werkstätte Asmara auch in Zukunft garantiert.

ÄTHIOPIEN

Anfang des Jahres war die Demobilisierung der ehemaligen Regierungstreitkräfte immer noch im Gange, an der das IKRK weiterhin beteiligt war. Gleichzeitig organisierte die Regierung die Repatriierung von Zehntausenden von Flüchtlingen.

Aufgrund eines Mitte Dezember 1991 mit der Übergangsregierung Äthiopiens unterzeichneten Übereinkommens begannen die IKRK-Delegierten im Februar landesweit mit dem Besuch von Sicherheitshäftlingen. Dies sollte sehr bald die Hauptaufgabe des IKRK in Äthiopien darstellen, da Tausende von Menschen festgenommen worden waren, insbesondere im Zusammenhang mit dem Aufstand der Oromo-Befreiungsfront (OLF), der zur Zeit der Wahlen im Juni zu Zusammenstößen mit Einheiten der Übergangsregierung geführt hatte.

Ausserdem organisierte die Institution Ende Mai ein Seminar in humanitärem Völkerrecht für höhere Offiziere der Armee der Übergangsregierung.

Tätigkeiten zugunsten ehemaliger Soldaten

Am 14. Juni 1991 entfaltete das IKRK ein grossangelegtes Schutz- und Hilfsprogramm, um den demobilisierten Soldaten der ehemaligen Regierung bei ihrer Heimkehr behilflich zu sein und ihnen einen Neuanfang zu ermöglichen. Im Dezember 1991 begannen die ehemaligen Soldaten, die

Lager in Tole und Hurso zu verlassen, wo sie versammelt worden waren. In Zusammenarbeit mit der Nationalen Gesellschaft sorgte das IKRK im Januar 1992 weiterhin für ihre Heimkehr. Später wurden rund 5 800 behinderte Soldaten und Offiziere aus dem ausserhalb Addis-Abebas gelegenen Lager Takek an ihren Herkunftsort gebracht. Bis zu ihrer Beendigung im Juni 1992 waren im Rahmen dieser Aktion 248 568 Soldaten an ihren Herkunftsort gebracht worden, darunter auch diejenigen, die beim Fall der Regierung Mengistu in Eritrea im Einsatz standen. Das IKRK stellte jedem dieser Männer einen fünfmonatigen Nahrungsmittelvorrat und sonstige Güter zur Verfügung. Insgesamt wurden über das Äthiopische Rote Kreuz über 36 000 Tonnen Hilfsgüter verteilt.

Tätigkeiten zugunsten von Häftlingen

Am 3. Februar wurde mit den Besuchen der Häftlinge begonnen, die aus Staatsicherheitsgründen oder aufgrund ihrer Beziehungen zur früheren Regierung in Addis Abeba festgehalten wurden.

Ab März besuchten die Delegierten dann auch Gewahrsamsorte ausserhalb der Hauptstadt. Im Süden des Landes sahen sie mehrere hundert Sicherheitshäftlinge, die der OLF-Bewegung angehörten. Als sich die politische Lage im Juni zuspitzte, zog sich die OLF aus der Übergangsregierung zurück. Tausende von OLF-Sympathisanten und -Kämpfer wurden festgenommen und in drei Militärlager und sonstige Gewahrsamsorte gebracht. Ende des Jahres waren 12 000 bis 14 000 Menschen aus diesen Gründen in Gefangenschaft, doch gab die Übergangsregierung bekannt, dass die meisten unter ihnen in Kürze freigelassen werden sollten. (*N.B. Sie erhielten in der Tat im März 1993 ihre Freiheit zurück*). In der Zwischenzeit besuchten die Delegierten weiterhin andere Sicherheitshäftlinge, die landesweit in Gefängnissen und auf Polizeiwachen festgehalten wurden.

Insgesamt führte das IKRK 50 Besuche an 42 Gewahrsamsorten durch und verteilte gegebenenfalls medizinische Hilfsgüter. Es wurden die üblichen Suchdiensttätigkeiten angeboten, und Ende des Jahres waren rund 965 Rotkreuzbotschaften übermittelt worden.

Medizinische Hilfe

Abgesehen von ihren üblichen medizinischen Tätigkeiten an Gewahrsamsorten setzte die Institution ihre Tätigkeiten in der Orthopädiewerkstätte Debre Zeit und dem Prothesen- und Orthopädiezentrum in Addis-Abeba fort. Ausserdem unterstützte das IKRK über das Zentrum in Addis-Abeba weiterhin die Orthopädiezentren in Dessie und Harar. Eine neue orthopädische Werkstätte wurde in Mekele eröffnet, um rund 1 000 Amputierte aus dem Tigre zu behandeln. Diese im September eröffnete Werkstätte hatte im November einen Produktionshöchststand von 40 Prothesen monatlich erreicht.

Im September fand in Addis-Abeba ein zweiwöchiges Orthopädie-seminar statt, an dem Vertreter von vom IKRK unterstützten orthopädischen Werkstätten in Afrika und Techniker vom Hauptsitz teilnahmen.

Ausserdem versorgte die Institution Regierungskrankenhäuser, Gesundheitszentren und örtliche Zweigstellen der Nationalen Gesellschaft mit grundlegenden Medikamenten und Erste-Hilfe-Material. Die Nationale Gesellschaft erhielt ferner ärztlichen Grundbedarf und Erste-Hilfe-Material.

Gemeinsam mit dem Äthiopischen Roten Kreuz unterstützte das IKRK 1 300 Familien aus dem Hochland der Provinz Hararghe, die ihre Dörfer infolge der Dürre und mangelnder Sicherheit verlassen hatten. Ausserdem erhielten örtliche medizinische Einrichtungen zusätzliches medizinisches Material. Als die Familien im Oktober in ihre Dörfer zurückkehrten, versorgte sie das IKRK mit Werkzeug und Küchenutensilien.

RWANDA

Während der ersten sieben Monate des Jahres 1992 verschlechterte sich die Lage im Norden des Landes zusehends, da die Kämpfe zwischen der FPR¹⁵ und der rwandischen Armee an Heftigkeit zunahmen. Die Zahl der Vertriebenen stieg ständig, und im Juli waren bereits 350 000 Rwander völlig von internationaler Hilfe abhängig, da sie angesichts der prekären Sicherheitsbedingungen ihr Land nicht bestellen konnten. Die im Juni eingeleiteten Friedensverhandlungen führten zu einem Waffenstillstand, der am 31. Juli in Kraft trat. Obschon er bis Ende des Jahres im allgemeinen eingehalten wurde, kam es doch zu sporadischen Kämpfen. Auch die Minen waren nicht beseitigt worden, weshalb die meisten Familien nicht gewillt waren, in ihre Dörfer zurückzukehren.

Im Süden brachen erneut Kämpfe zwischen Tutsis und Hutus aus, was wiederum Tausende von Menschen veranlasste, ihre Heimstätte zu verlassen. Hunderte wurden im Zusammenhang mit den Ereignissen verhaftet.

Angesichts dieser Situation sah sich das IKRK deshalb veranlasst, seine Schutz- und Hilfstätigkeiten zugunsten der Zivilbevölkerung zu verstärken. Ausserdem mussten eine grössere Anzahl von Sicherheitsgefangenen an Gewahrsamsorten in Kigali und in Provinzstädten besucht werden.

Das ganze Jahr über hielt die Institution Kontakte mit Führungskräften der rwandischen Behörden sowie mit der Führung und Vertretern der FPR in Europa und im Feld aufrecht. Im allgemeinen wurden sowohl das Rotkreuzzeichen als auch das Mandat des IKRK geachtet. Am 22. Oktober besuchte der Präsident der FPR den Hauptsitz des IKRK. Er bestätigte, dass seine Bewegung die Tätigkeiten des IKRK in den

von ihr kontrollierten Gebieten akzeptiere und stimmte grundsätzlich zu, dass Delegierte in der Hand seiner Bewegung befindliche Gefangene besuchten.

Tätigkeiten zugunsten der Zivilbevölkerung

Anfang des Jahres hatte das IKRK gehofft, seine Hilfsaktion zugunsten von 80 000 Vertriebenen im Norden des Landes einstellen zu können, um die Lieferung von Nahrungsmitteln, die vom Rwandischen Roten Kreuz unter IKRK-Aufsicht verteilt werden sollten, dem Welternährungsprogramm (WFP) und anderen humanitären Organisationen zu überlassen. Die Zahl der Vertriebenen stieg jedoch weiterhin an und betrug im Juli 350 000 Seelen.

Das geplante Hilfsprogramm war der unablässig steigenden Zahl notleidender Menschen nicht gewachsen, obschon regelmässig neue Ermittlungen durchgeführt wurden. Die zunehmenden Bedürfnisse waren immer schwieriger zu befriedigen, da die einheimischen Märkte mit der steigenden Nachfrage nicht Schritt halten konnten. Somit wurden Nahrungsmittel, die die Vertriebenen oder Ansässigen zur Vervollständigung der erhaltenen Hilfsgüter kaufen wollten, unerschwinglich. Andererseits wurden auch Hilfskonvois häufig blockiert und erreichten die Lager manchmal erst, nachdem der Vorrat bereits aufgebraucht worden war.

Aufgrund von Berichten über die Verschlechterung der Lage entsandte das IKRK im November einen Ernährungsspezialisten nach Rwanda, um die Situation zu überprüfen. Seit Ende Juli war die Zahl der Vertriebenen nicht mehr gestiegen (350 000), doch waren viele Kinder unterernährt. Infolgedessen wurde eine Nothilfeaktion eingeleitet und das IKRK lieferte und beförderte erneut Nahrungsmittel in Ergänzung der vom WFP und verschiedenen Geberländern gespendeten Hilfsgüter. Da es galt, die Ankunft der Nahrungsmittel zu beschleunigen, wurden Gespräche mit

¹⁵ Patriotische Front Rwandas

der FPR und der Regierung aufgenommen, um die Genehmigung zu erhalten, die betroffenen Gebiete von Uganda aus zu versorgen, wo grosse Mengen an Nahrungsmitteln zum Kauf angeboten wurden. Nachdem die Grenze während mehr als zwei Jahren geschlossen gewesen war, konnte Ende Dezember der erste Konvoi passieren.

Abgesehen von der Überwachung der Bedürfnisse der Vertriebenen und der Organisation der Hilfsaktionen gingen IKRK-Delegierte Behauptungen über Misshandlungen und Übergriffe auf die Zivilbevölkerung nach. Sie unterrichteten die betreffenden Parteien über ihre Feststellungen und riefen sie auf, das humanitäre Völkerrecht besser einzuhalten. Der erste Bericht wurde dem Generalstabschef der Armee am 29. Juli überreicht.

Als im März im Süden des Landes Kämpfe zwischen Tutsis und Hutus ausbrachen, führte das IKRK umgehend eine Mission in der Region von Bugesera durch, um die Bedürfnisse zu ermitteln und die Hilfstätigkeiten zu koordinieren. Nothilfe-teams der Nationalen Gesellschaft beteiligten sich an den Nahrungsmittelverteilungen an rund 12 000 Vertriebene. IKRK-Delegierte besuchten ausserdem Menschen, die im Zusammenhang mit den Unruhen festgenommen worden waren (siehe unten). Die Zusammenstösse vom September in der Gegend von Kibuye und Cyangugu zwischen den beiden genannten rivalisierenden Stämmen trieben rund 4 000 Menschen in die Flucht. Ein örtliches Rotkreuzteam führte die vom IKRK organisierte Nahrungsmittelverteilung durch.

Am 28. Mai wurden während einer Demonstration in Kigali etwa 20 Menschen getötet und zahlreiche weitere verwundet. Die Erste-Hilfe-Teams der Nationalen Gesellschaft beteiligten sich an der Evakuierung der Verwundeten. Kurz darauf kam es zu Unruhen in den Strassen von Ruhengeri und Gisenyi, die weitere Opfer forderten. Das IKRK versorgte örtliche Krankenhäu-

ser mit medizinischen Nothilfegütern und besuchte die Gefangenen (siehe unten).

Tätigkeiten zugunsten von Häftlingen

Im November 1990 hatten IKRK-Delegierte Zugang zu Gefangenen erhalten, die im Zusammenhang mit den Ereignissen festgehalten wurden. Ende 1991 wurden die meisten Sicherheitshäftlinge im Rahmen einer Amnestie freigelassen. 1992 wurden zwei umfassende Besuche durchgeführt. Es wurden zwanzig dem Justizministerium unterstehende Gefängnisse und zehn Kasernen unter der Oberaufsicht des Verteidigungsministeriums besucht. Die Besuche wurden regelmässig wiederholt. Das IKRK übermittelte Premierminister Nsengiyaremye und Justizminister Ngirumpatse die Besuchsberichte. Insgesamt wurden 1 799 Sicherheitshäftlinge besucht. Indessen erhielten die Delegierten trotz einer grundsätzlich gewährten Zustimmung keinen Zugang zu vier Militärlagern.

Am 20. Februar empfingen der Präsident und der Vizepräsident des IKRK M. Ngirumpatse am Hauptsitz der Institution. Unter anderem wurde die Freilassung von in Kigali festgehaltenen FPR-Kämpfern erörtert, die im Juli erfolgte. Das IKRK hatte sie regelmässig besucht und versorgte sie nach ihrer Freilassung mit dem Nötigsten. Einen Monat später wurden sie im Einklang mit einem zwischen der Regierung und der FPR in Arusha (Tansania) unterzeichneten Übereinkommen von Mitgliedern der GOMN¹⁶ in Gebiete unter Kontrolle der FPR gebracht. Am 7. August begaben sich IKRK-Delegierte zum ersten Mal in Gebiete in der Hand der FPR. Bei dieser Gelegenheit wurden ihnen elf freigelassene Mitglieder der rwandischen Streitkräfte, die nach Kigali zurückzukehren wünschten, übergeben.

Infolge der Unruhen in der Region Bugesera besuchten IKRK-Delegierte

¹⁶ Gruppe neutraler Militärbeobachter

mehrere hundert Menschen, die im Zusammenhang mit den Ereignissen vor Ort und in der Hauptstadt festgehalten wurden. Über 600 dieser Gefangenen wurden im März und April besucht und etwa 120 nach den Zusammenstößen im September.

Das 1991 begonnene Wassersanierungsprogramm zur Verbesserung der Verhältnisse in den Gewahrsamsorten wurde 1992 fortgeführt. Ausser Freizeit- und Körperpflegeartikeln wurde den Gefangenen der Suchdienst zur Verfügung gestellt, damit sie mit ihren Angehörigen in Kontakt bleiben konnten. Insgesamt wurden 2 429 Botschaften übermittelt.

Im Januar beaufsichtigte das IKRK die Freilassung von 230 Rwandern in Burundi, die nach Rwanda repatriert wurden (siehe auch unter *Burundi*). Im März repatriierte die Institution 16 Ugander, die aus dem Zentralgefängnis Kigali freigelassen worden waren.

SOMALIA

Das somalische Volk hatte auf tragische Weise unter den heftigen Kämpfen zwischen rivalisierenden Faktionen und Clans zu leiden, und die dadurch hervorgerufene Hungersnot erfasste bald das ganze Land. Anfang des Jahres wurde vor allem die Hauptstadt Mogadishu in Mitleidenschaft gezogen, wo sich die Anführer der beiden Faktionen der USC¹⁷ während drei Monaten Kämpfe lieferten, die ein unheimliches Blutbad anrichteten und zahlreiche Todesopfer forderten. Auch in den Kämpfen, die später in Kismayo unter Clans ausbrachen, die um die Vorherrschaft in der Stadt kämpften, wurden ebenfalls Hunderte von Menschen getötet oder verletzt. Zusammenstöße in den Regionen westlich von Mogadishu bis hin zur kenianischen Grenze zogen die Zivilbevölkerung ebenfalls arg in

¹⁷ United Somali Congress

Mitleidenschaft. Bei jedem neuen Aufflammen der Kämpfe machten sich zahllose Menschen auf die Flucht, um dann von der Hungersnot eingeholt zu werden.

Angesichts dieser Ereignisse lancierte das IKRK die seit dem zweiten Weltkrieg umfangreichste Hilfsaktion in Form einer grossangelegten Nahrungsmittelhilfe zugunsten von rund zwei Millionen Menschen. Zur Verteilung wurden Boote, Flugzeuge, Lastwagen und sogar Helikopter eingesetzt. Um die verletzlichsten Bevölkerungsgruppen täglich mit einer warmen Mahlzeit zu versorgen, baute das IKRK in Zusammenarbeit mit dem Somalischen Roten Halbmond ein landesweites Netz von über 900 Gemeinschaftsküchen auf.

In der Zwischenzeit wurde sowohl am Hauptsitz als auch bei Gesprächen, die IKRK-Vertreter auf hoher Ebene führten, alles unternommen, um auf die Tragödie der somalischen Bevölkerung aufmerksam zu machen und die internationale Gemeinschaft dazu zu bringen, der Gewalttätigkeit in Somalia ein Ende zu setzen. Der Präsident des IKRK, Cornelio Sommaruga, erörterte diese Frage mit dem kurz zuvor in sein Amt eingeführten Generalsekretär der Vereinten Nationen, Boutros Boutros-Ghali. Im Mai diskutierte er die Lage in Somalia mit dem stellvertretenden Generalsekretär der Arabischen Liga, Mehdi Mostafa el Hadi. Während des ganzen Jahres wurden enge Kontakte mit den Vereinten Nationen und ihren Unterorganisationen in New York, Genf und Rom aufrechterhalten. Im Februar traf der Direktor für operationelle Einsätze mit dem Untergeneralsekretär und Leiter der neuen Hauptabteilung der Vereinten Nationen für humanitäre Belange, Eliasson, zusammen, um wenig später in Rom mit Vertretern des Welternährungsprogramms (WFP) zu diskutieren. Der Präsident des IKRK ergriff auch das Wort auf der Sonderkonferenz über Somalia, die am 12. und 13. Oktober in Genf unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen stattfand. Vor Ort

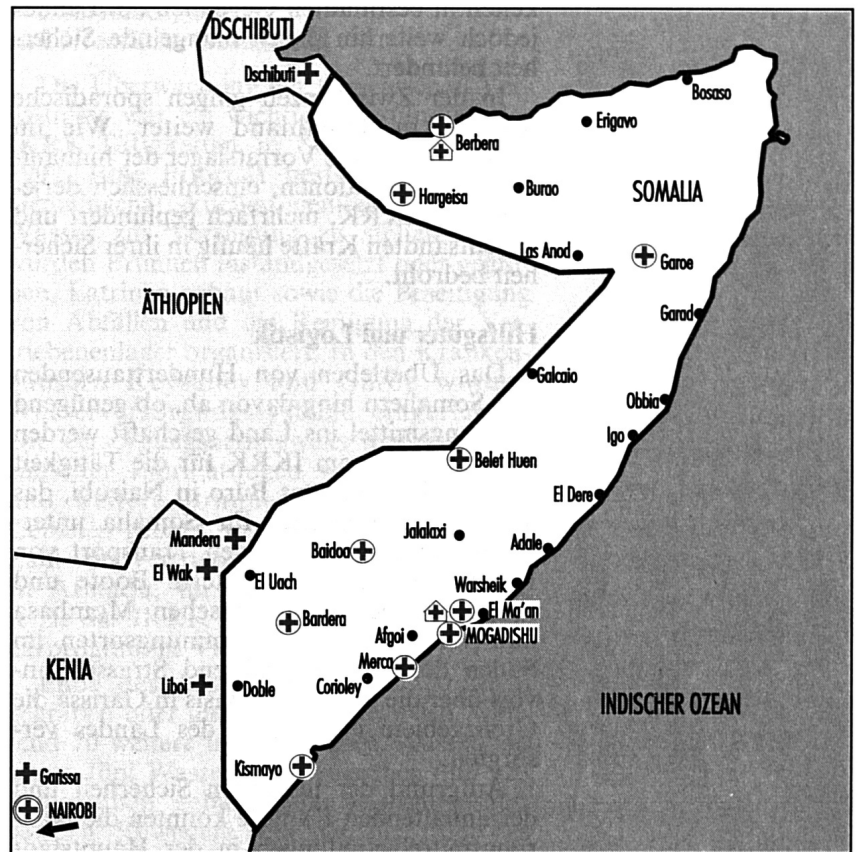
fürten IKRK-Delegierte regelmässig Gespräche mit den Führern der verschiedenen somalischen Faktionen, einschliesslich General Farah Aidid und Interimspräsident Ali Mahdi. Sie hielten ausserdem den Kontakt mit den Ältesten aufrecht, die in Somalia traditionsgemäss eine wichtige Rolle spielen.

Im Februar begab sich Jean de Courten, Direktor für operationelle Einsätze, nach Somalia, und im Juli Generaldirektor Peter Fuchs. Der Generaldelegierte für Afrika weilte ebenfalls zu verschiedenen Malen im Land.

Im Juli führte das IKRK gleichzeitig in Nairobi, Genf und New York Pressekonferenzen durch. Bald darauf wurde sich die internationale Gemeinschaft der dramatischen Lage in Somalia bewusst, wo täglich Hunderte von Menschen Hunger und Erschöpfung zum Opfer fielen.

Obschon das IKRK seine operationelle Einsatzfähigkeit maximal ausschöpfte, konnte es nicht allen Bedürfnissen gerecht werden. Ermutigt durch den Beschluss der Stationierung von rund 500 UN-Blauhelmen und 50 mit der Beobachtung der Einhaltung des Waffenstillstandes betraute Kräfte, die wie man meinte, eine gewisse Sicherheit gewährleisten würden, planten die Vereinten Nationen, die Europäische Gemeinschaft, die Vereinigten Staaten sowie zahlreiche humanitäre Organisationen im August eine grossangelegte Hilfsaktion.

Das ganze Jahr über wurde die Arbeit des IKRK aufgrund der prekären Sicherheitsbedingungen behindert, die zweifellos das grösste Problem in Somalia darstellten. Die unzähligen Feuerwaffen und die schwere Artillerie in einem Land, in dem es keine Gesetze und keine Ordnung mehr gab, liessen auch die kleinste zurückzulegende Strecke zu einem gefährlichen Unternehmen werden. So mussten bewaffnete Eskorten eingestellt werden, um Angriffe auf die Hilfsgüter und Fahrzeuge zu verhindern. Während des Jahres 1992 waren die Mitarbeiter des IKRK zahllosen Todesdro-



hungen und physischen Angriffen ausgesetzt. Dabei verloren 14 einheimische Mitarbeiter des IKRK ihr Leben in Somalia, und auch der Somalische Rote Halbmond hatte eine grosse Anzahl an Todesopfern zu beklagen.

Trotz der Bemühungen der UN-Friedenstruppen (UNOSOM), die im September in Somalia eintrafen, gingen die Kämpfe weiter. Im Dezember beauftragte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen seine Mitgliedstaaten, ein sicheres Umfeld für die humanitären Hilfsaktionen in Somalia zu schaffen. Die ersten amerikanischen Soldaten der *Unified Task Force* (UNITAF) trafen am 6. Dezember im Mogadishu-Süd ein. Ende des Jahres wurden die Hilfstätig-

keiten in bestimmten Gegenden des Landes jedoch weiterhin durch mangelnde Sicherheit behindert.

In der Zwischenzeit gingen sporadische Kämpfe in Somaliland weiter. Wie im Süden wurden die Vorratslager der humanitären Organisationen, einschliesslich derjenigen des IKRK, mehrfach geplündert und die entsandten Kräfte häufig in ihrer Sicherheit bedroht.

Hilfsgüter und Logistik

Das Überleben von Hunderttausenden von Somaliern hing davon ab, ob genügend Nahrungsmittel ins Land geschafft werden konnten. Ein vom IKRK für die Tätigkeit in Somalia eröffnetes Büro in Nairobi, das dem Delegationsleiter für Somalia unterstand, sorgte 1992 für den Transport von 180 000 Tonnen Hilfsgütern. Boote und Flugzeuge pendelten zwischen Mombasa und verschiedenen Bestimmungsorten im Süden des Landes, während Strassenkonvois über die logistische Basis in Garissa die Grenzgebiete im Westen des Landes versorgten.

Aufgrund der fehlenden Sicherheit und der anhaltenden Kämpfe konnten die Nahrungsmittelverteilungen in der Hauptstadt erst im April beginnen. Am Ende dieses Monats wurden 10 000 Tonnen im Hafen von Mogadishu gelöscht und gleichzeitig in Mogadishu-Nord und -Süd verteilt.

Als die örtlichen Nahrungsmittelreserven immer spärlicher wurden und die Preise in die Höhe schnellten, wurden die Vorräte regelmässig von bewaffneten Banden geplündert. Das IKRK gab deshalb seine Lagerhäuser am Hafen auf und ging dazu über, die Gemeinschaftsküchen von Tag zu Tag mit den benötigten Mengen an Nahrungsmitteln zu versorgen, die umgehend verteilt wurden (siehe unten). In Mogadishu wurden keine Trockenrationen mehr gelagert oder verteilt.

Ab April konnte der Hafen von Mogadishu während der meisten Zeit benutzt werden. Die Nahrungsmittel wurden auf

Lastern in die nördlichen und südlichen Stadtteile gefahren, wobei die Sicherheitsbedingungen zum Teil mehr als unbefriedigend waren. Infolge der Kämpfe und der Überfälle auf die Nahrungsmittel konnten diese auch im Hafen von Kismayo nicht immer gelöscht werden. Um die Versorgung trotzdem aufrechterhalten zu können, musste zuweilen die Luftbrücke verstärkt werden. Von Mombasa aus wurden auf dem Luftweg über 30 000 Tonnen Hilfsgüter nach Belet Huen, Baidoa, Bardera, Jalalaxi und Mogadishu gebracht, während 2 800 weitere Tonnen von Nairobi aus eingeflogen wurden. Mit Strassenkonvois von Kenia aus wurden im Berichtsjahr insgesamt 13 000 Tonnen Hilfsgüter in Gebiete im Südwesten des Landes gebracht, die nicht von der Küste aus zu erreichen waren. Diese Transporte mussten jedoch aufgrund von Sicherheitszwischenfällen und dem Wiederaufflammen der Kämpfe des öfteren unterbrochen werden.

Als die Regenzeit einsetzte und die Boote aufgrund des hohen Seegangs nicht mehr ans Ufer gelangten, ging das IKRK dazu über, die Nahrungsmittel von den Schiffen auf schwere Lastkähne zu laden, die entlang der somalischen Küste mit starken Seilen an Land gezogen wurden. Dieses Vorgehen barg bei hohem Wellengang eine Reihe von Gefahren in sich. Mehrere Schiffe wurden beschädigt und im Juni sank ein Schlepper vor Merka. So begann das IKRK am 1. August, Schiffe und Helikopter einzusetzen, um diese Schwierigkeiten zu überwinden. Rund 3 000 Tonnen Hilfsgüter wurden unmittelbar auf den Schiffen von Helikoptern übernommen und an Orte wie Obbia und Harardhere geflogen.

Um die für die Durchführung seiner Tätigkeiten nötigen Sicherheitsbedingungen zu schaffen, musste das IKRK bewaffnete Eskorten einstellen, die die Laster begleiteten und die Lagerhäuser sowie andere Infrastrukturen vor den bewaffneten Banditen schützten. Das ganze Jahr über stellte

die mangelnde Sicherheit das grösste Problem dar.

Gemeinschaftsküchen

Bereits 1991 versorgte das IKRK Gemeinschaftsküchen im Süden Mogadishu, die von örtlichen Frauenkomitees geleitet wurden. Im März 1992 griff das IKRK selber diese Idee wieder auf und eröffnete ähnliche Küchen in Belet Huen, um sicherzustellen, dass die Menschen, die die grösste Not litten und oft einer Minderheitsgruppe angehörten, wenigstens ein warmes Essen pro Tag erhielten. Dank dieses Systems mussten die Nahrungsmittel nicht mehr in Lagerhäusern aufbewahrt werden, da die Küchen täglich beliefert werden konnten.

Im Mai wurden in Mogadishu Gemeinschaftsküchen eröffnet, die örtlichen Komitees und Hilfsorganisationen, einschliesslich des Somalischen Roten Halbmonds, unterstanden, während bereits bestehende Küchen mit Nahrungsmitteln versorgt wurden. Bis Ende Juli erhielten etwa 500 000 Menschen in 371 Küchen in Mogadishu und anderen Gegenden Nahrung.

Da mehr und mehr Menschen ihre Häuser verlassen mussten, um den Kämpfen und dem Hungertod zu entkommen, wuchsen die Bedürfnisse schnell an und die Anzeichen von Unterernährung häuften sich. Im Juli verstärkte das IKRK seine Tätigkeiten, damit Küchen in Gegenden, die besonders stark in Mitleidenschaft gezogen waren wie etwa Baidoa, zwei warme Mahlzeiten pro Tag ausgeben konnten. Ende des Jahres gab es im ganzen Land 900 solcher Küchen, davon allein 285 in Mogadishu. Auf diese Weise erhielten etwa 1,5 Millionen Menschen wenigstens eine warme Mahlzeit pro Tag. Für die meisten unter ihnen bedeutete dies die Rettung vor dem sicheren Tod.

In Gegenden, in denen bessere Sicherheitsbedingungen herrschten, konnte das IKRK jeden Monat Trockenrationen verteilen.

Wasserversorgung und öffentliche Gesundheit

Die Überwachung der hygienischen Verhältnisse war ein wichtiger Bestandteil der IKRK-Tätigkeiten in Somalia im Jahre 1992. Eine Priorität bestand darin, den Gemeinschaftsküchen genügend sauberes Wasser zur Verfügung zu stellen. Dazu wurden Brunnen instandgesetzt oder gegraben, Latrinen gebaut sowie die Beseitigung von Abfällen und die Reinigung der Vertriebenenlager organisiert. In den Krankenhäusern Keysaney und Garoe wurden Wasserversorgungssysteme eingerichtet. Die Versorgungsnetze zweier weiterer medizinischer Einrichtungen wurden repariert und weitere Brunnen und Latrinen in Gebieten gebaut, in denen sich eine grosse Zahl von Vertriebenen eingefunden hatten. In Afmadu, im Südwesten des Landes, setzte das IKRK im Rahmen seines Veterinärprogramms Viehtränken instand.

Ende des Jahres waren 192 Brunnen gegraben oder instandgesetzt worden, während 70 weitere im Bau waren. Ausserdem waren fünf Wasserlöcher gegraben und 923 Senkgruben gebaut oder instandgesetzt worden. 50 weitere befanden sich Ende des Jahres im Bau. Zusätzlich waren mit Hilfe von Freiwilligen des Somalischen Roten Halbmonds rund 8 000 Tierkadaver im Süden von Tabta und Doble vergraben worden.

Medizinische Hilfe

Im Januar hatte das IKRK die Arbeiten beendet, in deren Verlauf ein ehemaliges Gefängnis in Keysaney in ein gemeinsam vom Somalischen Roten Halbmond und dem IKRK geleitetes chirurgisches Krankenhaus für die Region Mogadishu-Nord umgestaltet wurde. Am 2. Februar trafen die ersten Patienten ein. Als kurz darauf schwere Kämpfe in der Gegend ausbrachen, musste das IKRK-Team evakuiert werden, doch konnte es zwei Wochen später zurückkehren.

Während des ganzen Jahres arbeiteten somalische Chirurgen gemeinsam mit dem IKRK, um Verwundete zu behandeln, deren Zahl manchmal bis auf 275 stieg. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 3 565 Patienten eingeliefert und 7 000 Eingriffe vorgenommen. Während der ersten Monate nach Ausbruch der Kämpfe in Mogadishu dienten 27 Privathäuser als provisorische Krankenhäuser, in denen einheimische Ärzte tätig waren, die vom IKRK medizinische Hilfsgüter erhielten. Nach der Eröffnung des Krankenhauses Keysaney wurden Patienten für die postoperative Behandlung in diese Häuser verlegt.

Ein fliegendes chirurgisches Team behandelte landesweit Notfälle, führte Hunderte von Eingriffen durch und bildete einheimisches Personal in Kriegschirurgie aus. Als in der dritten Juniwoche Kämpfe in Garoe und Bosaso ausbrachen, nahm das Krankenhaus Garoe 120 Verwundeten auf und das fliegende Team führte 68 Eingriffe durch. Dies war die dritte Mission des Teams in Garoe, wo die Arbeitsbedingungen unter Anleitung des IKRK und dank der früher gelieferten Hilfsgüter bereits verbessert worden waren.

In Mogadishu, Kismayo und Belet Huen wurden mobile Kliniken für den Einsatz in abgelegenen Gebieten eingerichtet. In den Gemeinschaftsküchen gelangten Mebendazol und Vitamin A zur Verteilung, während in den Lagern Kampagnen zur Bekämpfung der Krätze durchgeführt wurden.

Ausser dem Krankenhaus Keysaney und den ihm angegliederten Einrichtungen erhielten die Krankenhäuser Digfer und Benadir und gelegentlich auch das Medina-Hospital im Süden der Hauptstadt medizinische Hilfsgüter vom IKRK. Das im November 1991 aufgrund der schweren Kämpfe in Mogadishu evakuierte Martini-Krankenhaus wurde erst im Jahre 1992 wieder geöffnet.

Das IKRK und der Somalische Rote Halbmond richteten in den Vertriebenenlagern in und um Mogadishu, aber auch in

Belet Huen, Kismayo, Merka, Doble, Belet Hawo, Garoe und Mudug/Galgadud rund 150 Gesundheitsposten ein, die während des ganzen Jahres Hilfsgüter erhielten.

Das unter der Leitung des IKRK und des Somalischen Roten Halbmonds stehende Krankenhaus in Berbera sowie andere Krankenhäuser und Gesundheitszentren im Somaliland erhielten weiterhin Unterstützung. Aufgrund neuer Kämpfe in Berbera und Burao strömten Anfang des Jahres erneut zahlreiche Verwundete in das Krankenhaus in Berbera. Die Rekordzahl an Patienten betrug 160.

Landwirtschafts- und Veterinärprogramme

Im Bemühen, die Herden zu retten, die aufgrund von Krankheiten und Wasser- und Futtermangel dezimiert worden waren, führte das IKRK im März landesweit ein Veterinärnothilfeprogramm durch. Das Überleben von Hunderttausenden von Hirten im Süden und Zentrum des Landes hing von ihren Herden ab. Aus diesem Grunde stellte das IKRK veterinärmedizinische Produkte zur Verfügung, um etwa 2 Millionen Kamele, Rinder, Schafe und Ziegen gegen Parasiten zu behandeln. 18 Veterinärteams führten eine grossangelegte Impfkampagne gegen Rinderpest durch, in deren Rahmen bis Ende des Jahres 270 000 Tiere behandelt worden waren.

Im Juli und August besuchten zwei IKRK-Agronomen Gebiete, in denen im April Saatgut ausgeteilt worden war. Ihre Ermittlungen ergaben, dass die 400 Tonnen Saatgut eine Ernte von 15 000 Tonnen einbrachten, während das Defizit an Getreide für das zweite Halbjahr 1992 auf insgesamt 280 000 Tonnen geschätzt wurde. Deshalb wurde für die zweite Anbauperiode, die im September begann, weiteres Saatgut verteilt. Ausser den 650 Tonnen Getreide-, Bohnen-, und Gemüsesamen, die einen Ertrag von rund 25 000 Tonnen ergeben sollten, verteilte das IKRK auch 29 000 Hacken.

Tätigkeiten zugunsten von Gefangenen

IKRK-Delegierte besuchten über 450 Gefangene, die von verschiedenen Faktionen in Galcaio, Bosaso, Belet Huen, Garoe und Mogadishu festgehalten wurden. Die Gefangenen erhielten medizinische und sonstige Hilfsgüter und gegebenenfalls auch Nahrungsmittel.

Ab April wurden die in Mogadishu in der Hand der von General Aidid angeführten USC-Faktion befindlichen Gefangenen regelmässig besucht. Insgesamt wurden 387 Menschen registriert. Zwischen Juni und September besuchte das IKRK auch 73 Gefangene, die von der SSDF¹⁸ in Garoe, Galcaio und Bosaso festgehalten wurden. Die örtlichen Behörden liessen diese Gefangenen nach und nach frei. Dabei ersuchten sie das IKRK oft, auf Wunsch der Gefangenen für deren Rückkehr an ihre Herkunftsorte zu sorgen.

Mit dem vollen Einverständnis aller beteiligten Parteien organisierte das IKRK im August die Rückkehr von Hunderten von Menschen von Kismayo zurück an ihre Herkunftsorte in der Gegend von Garoe. Einer der Lastwagen, der mit den Emblemen des IKRK und des Somalischen Roten Halbmonds gekennzeichnet war und unter der Aufsicht des IKRK 45 Somalier transportierte, wurde auf dem Weg zum Flughafen in Kismayo von bewaffneten Männern überfallen. Als der Lastwagen in die Delegation zurückkehrte, wurden 11 der Passagiere vermisst. Es wird angenommen, dass sie getötet wurden. Unter den 11 Opfern waren zwei einheimische IKRK-Mitarbeiter, drei Mitglieder des Somalischen Roten Halbmonds und sechs ihrer Verwandten.

Suchdienst

Der IKRK-Suchdienst übernahm die Funktion einer nationalen und internationalen Poststelle, da alle Kommunikations-

mittel des Landes lahmgelegt waren. Im Laufe des Jahres wurde das Suchdienstnetz auf 27 Büros in Somalia erweitert, die gemeinsam vom IKRK und dem Somalischen Roten Halbmond geleitet wurden. Hinzu kamen zehn weitere Büros in Dschibuti und Kenia, die jeweils mit der entsprechenden Nationalen Gesellschaft zusammenarbeiteten. Ausser der Suche nach Vermissten und der Übermittlung von rund 160 000 Rotkreuzbotschaften organisierte der Suchdienst Familienzusammenführungen und sorgte dafür, dass 47 Menschen von Mogadishu nach Nairobi reisen konnten, von wo aus sie mit ihren Familien zusammengeführt wurden.

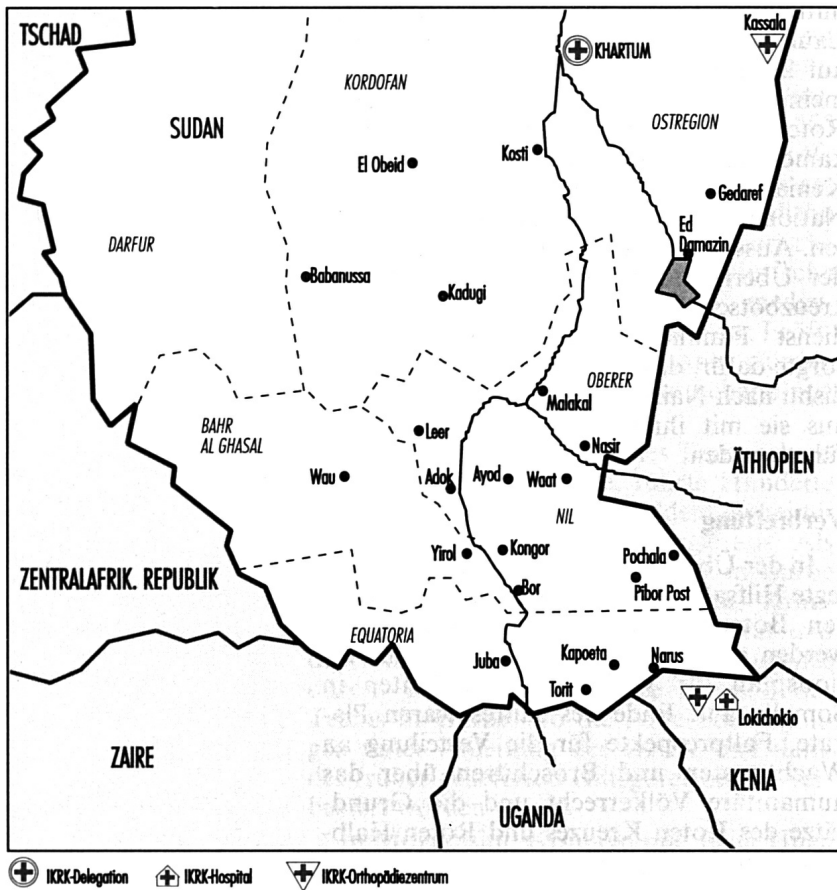
Verbreitung

In der Überzeugung, dass eine grossangelegte Hilfsaktion mit einer klaren humanitären Botschaft in Verbindung gebracht werden muss, stellte das IKRK einen Aktionsplan für Verbreitungstätigkeiten in Somalia auf. Ende des Jahres waren Plakate, Faltprospekte für die Verteilung an Wachtposten und Broschüren über das humanitäre Völkerrecht und die Grundsätze des Roten Kreuzes und Roten Halbmonds in Druck gegeben worden.

SUDAN

1992 war kein Ende des bereits neun Jahre dauernden Konflikts abzusehen, unter dem die Zivilbevölkerung unvermindert zu leiden hatte. Das IKRK war praktisch das ganze Jahr über nicht in der Lage, seine humanitären Aufgaben im Süden des Landes zu erfüllen. Ende Februar verhängte die sudanesishe Regierung ein Flugverbot, und ab Ende April hatte das IKRK auch keine Erlaubnis mehr, diese Region auf dem Landweg zu erreichen. So mussten im Mai die Hilfstätigkeiten zugunsten der zahlreichen Konfliktopfer im Süden eingestellt werden und waren bis Ende des Jahres nicht

¹⁸ Somali Salvation Democratic Front



wiederaufgenommen worden. Trotzdem gingen eine Reihe von Tätigkeiten weiter, insbesondere am Chirurgiekrankenhaus des IKRK in Lokichokio (Nordwest-Kenia) sowie in der Delegation in Khartoum, die die Arbeit des Sudanesischen Roten Halbmonds im Süden unterstützte.

Im Hinblick auf eine Wiederaufnahme der Hilfeleistungen zugunsten der Zivilbevölkerung scheute man in Khartoum und am Hauptsitz in Genf keine Bemühungen, um die Aufhebung des Flugverbots zu erreichen. Am 19. Mai begab sich der Direktor für operationelle Einsätze in die sudanesishe Hauptstadt, wo er Gespräche mit Aussenminister Ahmad Sahlul, Hussein Abu Saleh, Minister für soziale Angelegen-

heiten, Dr. Abouaf, Leiter der Hilfsgüter- und Wiederaufbaukommission, und Oberst El Ahmin Khalifa, Präsident der provisorischen Nationalversammlung und Leiter der Regierungsdelegation bei den Friedensgesprächen mit der SPLA¹⁹ in Abuja (Nigeria) führte. Im September traf der Direktor für operationelle Einsätze mit Präsident El Bechir in Jakarta zusammen, wo die Konferenz der Blockfreien tagte.

Gegen Ende des Jahres wurden eine Reihe von Gesprächen auf hoher Ebene geführt, namentlich mit dem Staatsminister für Präsidialangelegenheiten, Ghazi Salah Eddine. Letzterer ersuchte den Leiter der Delegation in Khartoum um ein Treffen am 22. Dezember, um über eine Wiederaufnahme der IKRK-Tätigkeiten zugunsten der Konfliktopfer zu diskutieren.

Tätigkeiten zugunsten der Zivilbevölkerung

Im Januar und Februar brachte die sudanesishe Regierung Zehntausende von Vertriebenen in rund 20 km von Khartoum entfernten Lagern unter. Das IKRK stellte dem Sudanesischen Roten Halbmond zwei Wassertanks für die Versorgung eines der Lager zur Verfügung. Ausserdem erhielt die Nationale Gesellschaft Nahrungsmittel und Decken für die verletzlichsten Gruppen in den Lagern und für Neuankömmlinge.

Zusätzlich verteilten örtliche Stellen des Roten Halbmonds in Juba, Malakal, Wau und Raga Hilfsgüter an die unter dem Konflikt leidenden Zivilisten.

Während der ersten Monate des Jahres versorgte das IKRK weiterhin Vertriebene mit Nahrungsmitteln, die von keiner anderen humanitären Organisation Hilfe erhielten. Unter den Notleidenden befanden sich 100 000 Rückkehrer, darunter rund 10 000 Jugendliche. Sie waren von ihren Familien getrennt worden und kehrten 1991 von ihrem Exil in Äthiopien in die Gegend

¹⁹ Sudanese People's Liberation Army

von Pochala zurück. Während der Trockenzeit begannen die Vertriebenen, die Lager zu verlassen, um den langen Heimweg anzutreten oder an sicherere Orte zu gelangen. Entlang der Strecke von Pochala nach Kapoeta und Narus und in geringerem Masse auch an der Strecke nach Bor versorgte sie das IKRK mit Nahrungsmitteln, Wasser und medizinischer Hilfe.

Als Ende Mai in der Gegend von Kapoeta Kämpfe ausbrachen, verliessen 20 000 Vertriebene Narus, um sich in die Grenzgebiete zu Kenia zu begeben. Bis das UN- Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) seine Tätigkeiten entfaltete, versorgte sie das IKRK mit Wasser, Medikamenten und einem Ambulanzdienst, während andere Hilfsorganisationen Nahrungsmittel und Behelfsunterkünfte lieferten.

In früheren Jahren hatte das IKRK grossangelegte Impfprogramme durchgeführt, um die Herden vor der Rinderpest zu schützen (1991 wurden rund 350 000 Tiere geimpft). 1992 konnten die geplanten Impfkampagnen nicht durchgeführt werden, zum einen wegen der prekären Sicherheitsbedingungen, zum anderem, weil das IKRK im Süden des Landes nicht mehr arbeiten durfte.

Medizinische Hilfe

Eine der Haupttätigkeiten des IKRK im Sudan bestand nach wie vor in der chirurgischen Betreuung der Konfliktopfer, und zwar im Sudan selber und im jenseits der Grenze auf kenianischem Gebiet liegenden Lokichokio, wo die Institution 1986 ein Feldlazarett eingerichtet hatte.

Im Süden des Sudan nahmen sich Krankenschwestern und Ärzte weiterhin der Vertriebenen in Pochala und später auch entlang den Strassen nach Bor und Kapoeta an, wo das IKRK Erste-Hilfe-Posten eingerichtet hatte. Regelmässig wurden Lastwagen eingesetzt, um Kranke und Ver-

wundete sowie auf sich selbst gestellte Kinder, die meistens aus Gorkuo kamen, zu transportieren. Diese Menschen waren zu schwach, um den Weg nach Narus zu Fuss zurückzulegen, wo sie vorübergehend angesiedelt und ab Mai von den Vereinten Nationen betreut wurden. Ausserdem überwachte eine IKRK-Krankenschwester die Instandsetzung des Krankenhauses in Bor. Medizinische Hilfsgüter wurden nach Pochala, Boma, Pakok, Leer, Yirrol, Kaya, Nasir, Bor, Kapoeta und Narus gesandt. Ab Ende Mai mussten sanitäre Einrichtungen im Übergangslager für Flüchtlinge in Lokichokio eingerichtet werden.

Anfang des Jahres konnten medizinische Evakuierungen aufgrund des Flugverbots für IKRK-Flugzeuge nur auf dem Landweg durchgeführt werden. Als auch die Transporte auf dem Landweg nicht mehr erlaubt waren, erreichten die Kriegsverwundeten das Krankenhaus in Lokichokio mit eigenen Mitteln oder sie gelangten mit Hilfe der Vereinten Nationen dorthin. Insgesamt behandelten die IKRK-Teams 871 Kriegsverwundete und 300 Kranke und führten 3 374 bedeutende chirurgische Eingriffe durch. Ausserdem bildeten sie weiterhin einheimische Angestellte in Kriegs Chirurgie und Krankenpflege aus. Da die Zahl der Patienten im Laufe des Jahres ständig stieg, musste die Kapazität des Krankenhauses erhöht werden. Manchmal wurden bis zu 252 Patienten gleichzeitig behandelt.

Im zweiten Halbjahr wurden Verwundete, die sich an der Grenze zwischen dem Sudan und Uganda eingefunden hatten, von IKRK-Teams, die in Kampala stationiert waren, zu einem nahen Flugfeld gebracht und dann nach Lokichokio geflogen. Im Juni, als heftige Kämpfe in und um Juba ausbrachen, wurden 198 Kriegsverwundete auf diese Weise ins IKRK-Krankenhaus gebracht. Ausserdem verteilten Delegierte medizinische Nothilfegüter an der Grenze an Chirurgen, die im Südsudan arbeiteten.

In der Zwischenzeit leisteten einheimische IKRK-Mitarbeiter und Mitglieder des Sudanesischen Roten Halbmonds Hilfe zugunsten von Opfern in Juba. So wurden Hunderte von Verwundeten ins Krankenhaus transportiert und vom IKRK ins Land geschaffte medizinische Hilfsgüter verteilt.

Das IKRK unterstützte weiterhin das Orthopädiezentrum in Khartum und die orthopädische Werkstätte in Kassala. Ende des Jahres wurde eine orthopädische Werkstätte in Lokichokio eröffnet. Insgesamt wurden 1 151 Prothesen hergestellt und 1 320 Patienten mit orthopädischen Hilfen ausgerüstet.

Suchdienst

Während des ganzen Jahres wurden Rotkreuzbotschaften zwischen sudanesischen Flüchtlingen in der Zentralafrikanischen Republik, in Uganda und Zaire und ihren im Sudan verbliebenen Angehörigen übermittelt. Die Zahl der ausgetauschten Botschaften belief sich auf rund 12 000. Ausserdem nahmen IKRK-Delegierte 377 Botschaften von Minderjährigen entgegen, die den Kontakt mit ihren Angehörigen wiederherstellen wollten. 83 Familien wurden im Kordofan aufgefunden, während 184 Fälle ungelöst blieben. Rund 150 Jugendliche in Begleitung von Suchdienstdelegierten des IKRK gelangten an Bord eines Flugzeugs der Vereinten Nationen von Nasir nach Leer, wo sie mit ihren Familien zusammengeführt wurden.

Tätigkeiten zugunsten von Häftlingen

Im Januar erhielt das IKRK Zugang zu 190 Häftlingen im Südsudan, die sich in der Hand der SPLA befanden. 67 unter ihnen waren bereits zuvor registriert worden, während die Delegierten 123 zum ersten Mal sahen. Bis zur Einstellung der IKRK-Tätigkeiten in dieser Region fanden regelmässige Folgebesuche statt. 1992 konnte das IKRK keine von der sudanesischen

Regierung festgehaltenen Sicherheitshäftlinge besuchen.

UGANDA

1992 verbesserten sich die allgemeinen Sicherheitsbedingungen in Uganda. Die Zivilbevölkerung in den östlichen und nördlichen Landesgebieten hatte nicht mehr ständig unter Kämpfen zwischen Oppositionsgruppen und der Armee zu leiden. Abgesehen von der Anwesenheit von Flüchtlingen wurden die Grenzgebiete zu Rwanda und Zaire nicht mehr durch die Spannungen in diesen Ländern betroffen. Mit Unterstützung des IKRK führte die Nationale Gesellschaft weiterhin Suchdiensttätigkeiten zugunsten dieser Flüchtlinge und der Menschen durch, die vor dem Konflikt im Sudan geflüchtet waren.

Trotzdem dauerten die wirtschaftlichen Schwierigkeiten an. So musste die Regierung die öffentlichen Ausgaben in verschiedenen Bereichen drastisch kürzen, einschliesslich der Ausgaben für die Armee und den Betrieb der Gefängnisse im Land. Im Juni wurden Pläne aufgestellt, um den Truppenbestand um 40 000 Soldaten abzubauen. Ausserdem lancierten die ugandischen Behörden eine grundlegende Reform des Gerichts- und Gefängniswesens, die mit der Freilassung mehrerer tausend Gefangener verbunden war, von denen eine ganze Reihe unter das Mandat des IKRK fielen.

Haupttätigkeit des IKRK in Uganda im Jahre 1992 waren Besuche von Gewahrsamsorten. Ausserdem waren die Delegierten im Norden des Landes an der Evakuierung von Menschen beteiligt, die im Zusammenhang mit dem Konflikt im benachbarten Sudan (siehe *Sudan*) verletzt worden waren. Sodann standen sie an der Grenze zu Rwanda im Einsatz, wo Flüchtlinge vom UNHCR betreut wurden. Ende des Jahres begann die Delegation in Kampala, Hilfs-

güter für Vertriebene im Norden Rwandas zu kaufen und zu befördern (siehe *Rwanda*).

Zwei mobile Verbreitungsteams reisten während des ganzen Jahres durch das Land und hielten vor verschiedenen Zielgruppen — insbesondere Rotkreuzmitgliedern — Vorträge über die Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung und das humanitäre Völkerrecht. Im Januar fand zudem ein nationales Seminar über humanitäres Völkerrecht in Kampala statt, an dem 25 Offiziere der nationalen Widerstandarmee teilnahmen.

Tätigkeiten zugunsten von Gefangenen

IKRK-Delegierte besuchten weiterhin Menschen, die im Zusammenhang mit Kämpfen oder aus Staatssicherheitsgründen festgehalten wurden. Ihre Zahl nahm allerdings stark ab und betrug im November 385. Insgesamt wurden 196 Besuche an 103 zivilen und militärischen Gewahrsamsorten durchgeführt, einschliesslich Polizeiwachen und Militärkasernen. Wie in der Vergangenheit erhielt das IKRK keine Erlaubnis, noch nicht verurteilte Mitglieder der Streitkräfte, die in Gefangenenlagern der Armee festgehalten wurden, im Einklang mit seinen üblichen Kriterien zu besuchen.

Anfang des Jahres besuchten die Delegierten über 300 Deserteure, die in Gefängnisfarmen im Süden und Südwesten des Landes festgehalten wurden. Auch im Norden und Osten des Landes fanden regelmässige Besuche in einer Reihe von Militärgefängnissen und auf Polizeiwachen statt.

Überdies besuchten IKRK-Delegierte die Gefängnisse Soroti, Moroto und Luzira Upper sowie die zentrale Polizeiwache in Kampala. Im August führte das IKRK im Gefängnis Soroti ein Sonderernährungsprogramm zugunsten einer Gruppe von Gefangenen durch, die an Unterernährung litten.

Am 21. August wurden im Rahmen einer Generalamnestie über 1 000 Deserteure und verschiedene Gruppen älterer oder kranker

Gefangener freigelassen. Sie erhielten vom IKRK eine Eingliederungshilfe. Ähnliche Aktionen wurden verschiedentlich durchgeführt, als die Regierung Gefangene in ugandischen Gefängnissen und Lagern zu Hunderten begnadigte oder für unschuldig erklärte.

Die Programme zur Verbesserung der Wasserversorgung und der sanitären Einrichtungen gingen weiter, namentlich im Gefängnis Kumi.

NAIROBI Regionaldelegation

(Komoren, Dschibuti, Kenia, Madagaskar, Mauritius, Seychellen, Tansania)

Hauptaufgabe der Regionaldelegation war, wie schon früher, die Verbreitung des humanitären Völkerrechts und die Unterstützung der Nationalen Gesellschaften in den von ihr betreuten Ländern. Verbreitungsseminare bei den Streitkräften fanden im April auf den Komoren und im November in Kenia statt. An beiden nahmen höhere Offiziere teil. In Mauritius wohnten Mitglieder der mobilen Sondereinheiten einem Vortrag über humanitäres Völkerrecht bei.

Ausserdem wurden Sicherheitshäftlinge in Dschibuti und Madagaskar besucht (siehe unten).

KOMOREN

Im Anschluss an den missglückten Staatsstreich im September bemühte sich das IKRK bei den Behörden der Komoren um den Zugang zu den im Zusammenhang mit den Ereignissen festgenommenen Menschen. Bis Ende des Jahres war jedoch keine offizielle Antwort eingetroffen.

DSCHIBUTI

Während des ganzen Berichtsjahres wurde die Zivilbevölkerung im Norden des Landes weiterhin von den Kämpfen zwischen

der FRUD²⁰ und den Regierungstreitkräften in Mitleidenschaft gezogen.

Der in Nairobi stationierte Regionaldelegierte begab sich mehrmals nach Dschibuti, wo er mit den Behörden Gespräche führte, die im Februar zur Unterzeichnung eines Sitzabkommens führten. Weitere Themen der Gespräche waren IKRK-Besuche an Gewahrsamsorten und Ermittlungsmissionen im Norden des Landes. Ausserdem wurden Kontakte mit Führungskräften der FRUD aufgenommen, um ähnliche Themen zu besprechen. Fast das ganze Jahr über war ein IKRK-Delegierter in Dschibuti stationiert.

Im Januar führten Delegierte ihre erste Ermittlungsmission im Norden durch. Im Rahmen weiterer Missionen wurden Häftlinge besucht, die von der Opposition festgehalten wurden. Im Mai konnten im Anschluss an einen Besuch 53 Menschen in die Hauptstadt zurückgebracht werden, darunter hauptsächlich Staatsbeamte und deren Familien, die die von Unruhen heimgesuchte Gegend zu verlassen wünschten. Das IKRK besuchte im Berichtsjahr 112 von der FRUD festgehaltene Personen, denen es seine Suchdiensttätigkeiten zur Verfügung stellte. Ausserdem erhielten sie Körperpflegeartikel.

Im Rahmen eines umfassenden Besuchs der Gewahrsamsorte der Regierung besuchten Delegierte in der Stadt Dschibuti im Mai 28 Sicherheitshäftlinge. Die Besuche wurden regelmässig wiederholt und neue Häftlinge registriert.

KENIA

1992 wurde das IKRK-Büro in Nairobi Sitz dreier Delegationen: der Regionaldelegation, der Delegation für den Südsudan und der Delegation für Somalia, deren Leiter aus politischen und Sicherheitsgründen aus Mogadishu abgezogen worden war.

²⁰ Front zur Wiederherstellung von Einheit und Demokratie

Eine besondere Unterstützung erhielt das Kenianische Rote Kreuz für seine Suchdiensttätigkeiten, die es — insbesondere in den Lagern entlang der somalisch-kenianischen Grenze — zugunsten von somalischen Flüchtlingen durchführte.

Ausserdem führten das IKRK und das Kenianische Rote Kreuz Ermittlungsmissionen in dem von einer Dürre heimgesuchten Nordosten des Landes nahe an der somalischen Grenze durch. Die Nationale Gesellschaft verteilte 500 Tonnen vom IKRK bereitgestellte Nahrungsmittel. Später verteilten auch die Vereinten Nationen IKRK-Nothilfegüter, bis das Welternährungsprogramm einen eigenen Nahrungsmittelvorrat herbeigeschafft hatte.

In Nairobi wie auch in Genf kam es zu einer Reihe von Gesprächen auf hoher Ebene. So empfing der Vizepräsident des IKRK am 10. April den Aussenminister Kenias, Wilson Ndolo Ayah, am Hauptsitz der Institution. Thema dieser Gespräche waren die Zusatzprotokolle, die Unterzeichnung eines Sitzabkommens zwischen dem IKRK und der kenianischen Regierung sowie IKRK-Besuche von Sicherheitshäftlingen. Diese Frage wurde auch mit dem kenianischen Generalstaatsanwalt, Amos Wako, besprochen, der einen Monat später IKRK-Vertreter empfing.

Das in Nairobi stationierte IKRK-Büro, das die Tätigkeiten der Institution im Südsudan koordiniert, sah seine Arbeit durch die von der sudanesischen Regierung erlassenen Beschränkungen sehr behindert und legte den Schwerpunkt seiner Tätigkeiten ab Mai auf medizinische Hilfstätigkeiten (siehe *Sudan*).

Als unabdingbare logistische und administrative Basis für die IKRK-Tätigkeiten in Somalia wurden die IKRK-Büros in Nairobi und Mombasa beträchtlich vergrössert, um mit den schnell steigenden Bedürfnissen Schritt halten zu können. Bis zu sieben Schiffe transportierten IKRK-Hilfsgüter nach Kismayo, Mogadishu und andere, kleinere Häfen, während acht Flug-

zeuge für Lufttransporte gechartert worden waren. Insgesamt wurden 1992 rund 180 000 Tonnen Nahrungsmittel und sonstige Hilfsgüter transportiert. 1991 war im nahe der somalischen Grenze gelegenen Liboi eine logistische Basis eingerichtet worden. Im März 1992 wurde eine zusätzliche Basis in Mandera eröffnet, gefolgt von zwei weiteren in El Wak und Garissa, die über Vorratslager und eine Lastwagenflotte zum Transport von Hilfsgütern nach Somalia verfügten (siehe *Somalia*).

MADAGASKAR

Der Regionaldelegierte besuchte am 25. August 14 Menschen, die in Antananarivo

wegen Angriffen auf die Staatssicherheit festgehalten wurden. Dies war der allererste IKRK-Besuch von Sicherheitshäftlingen in Madagaskar. Ausserdem finanzierte das IKRK einen Erste-Hilfe-Kurs für freiwillige Rotkreuzhelfer und die nationale Polizei.

SEYCHELLEN

1992 sprach das IKRK die offizielle Anerkennung des Roten Kreuzes der Seychellen aus, das auch in die Föderation aufgenommen wurde. Die Republik der Seychellen anerkannte die Zuständigkeit der Internationalen Ermittlungskommission im Einklang mit Artikel 90 von Zusatzprotokoll I.

**DURCH DAS IKRK IM JAHRE 1992 VERTEILTE HILFSGÜTER
AFRIKA**

Land	Med. Hilfe (CHF)	Hilfsgüter		Insgesamt (CHF)
		(CHF)	(Tonnen)	
Angola	368 665	1 165 951	378,2	1 534 616
Äthiopien	610 604	10 984 612	12 595,3	11 595 216
Burundi	9 721	16 150	5,1	25 871
Côte d'Ivoire	1 498			1 498
Dschibuti		2 615	0,6	2 615
Kamerun	4 644	10 547	5,0	15 191
Kenia		299 081	640,1	299 081
Liberia	347 227	437 195	193,8	784 422
Madagaskar	2 093			2 093
Malawi		28 889	7,6	28 889
Mali	45 910	493 751	706,3	539 661
Moçambique	370 001	5 825 589	6 999,2	6 195 590
Namibia		24 307	5,9	24 307
Nigeria	14 173	57 582	9,6	71 755
Rwanda	2 387	15 666 114	29 172,6	15 668 501
Sambia		6 817	7,2	6 817
Senegal	775			775
Sierra Leone	37 522	833 437	1 037,0	870 959
Simbabwe		51 049	58,5	51 049
Somalia	11 949 184	89 722 265	154 413,8	101 671 449
Südafrika		1 020 378	373,3	1 020 378
Sudan	267 812	695 635	860,6	963 447
Sudan (Konflikt im Südsudan, via Kenia)	881 251	1 575 355	1 604,4	2 456 606
Tschad	51 764			51 764
Togo		1 542	0,4	1 542
Uganda	6 065	171 870	42,5	177 935
Zaire	30 228	152 660	152,8	182 888
Zentralafrikanische Republik		6 556	8,5	6 556
GESAMTBETRAG	15 001 524	129 249 947	209 278,3	144 251 471